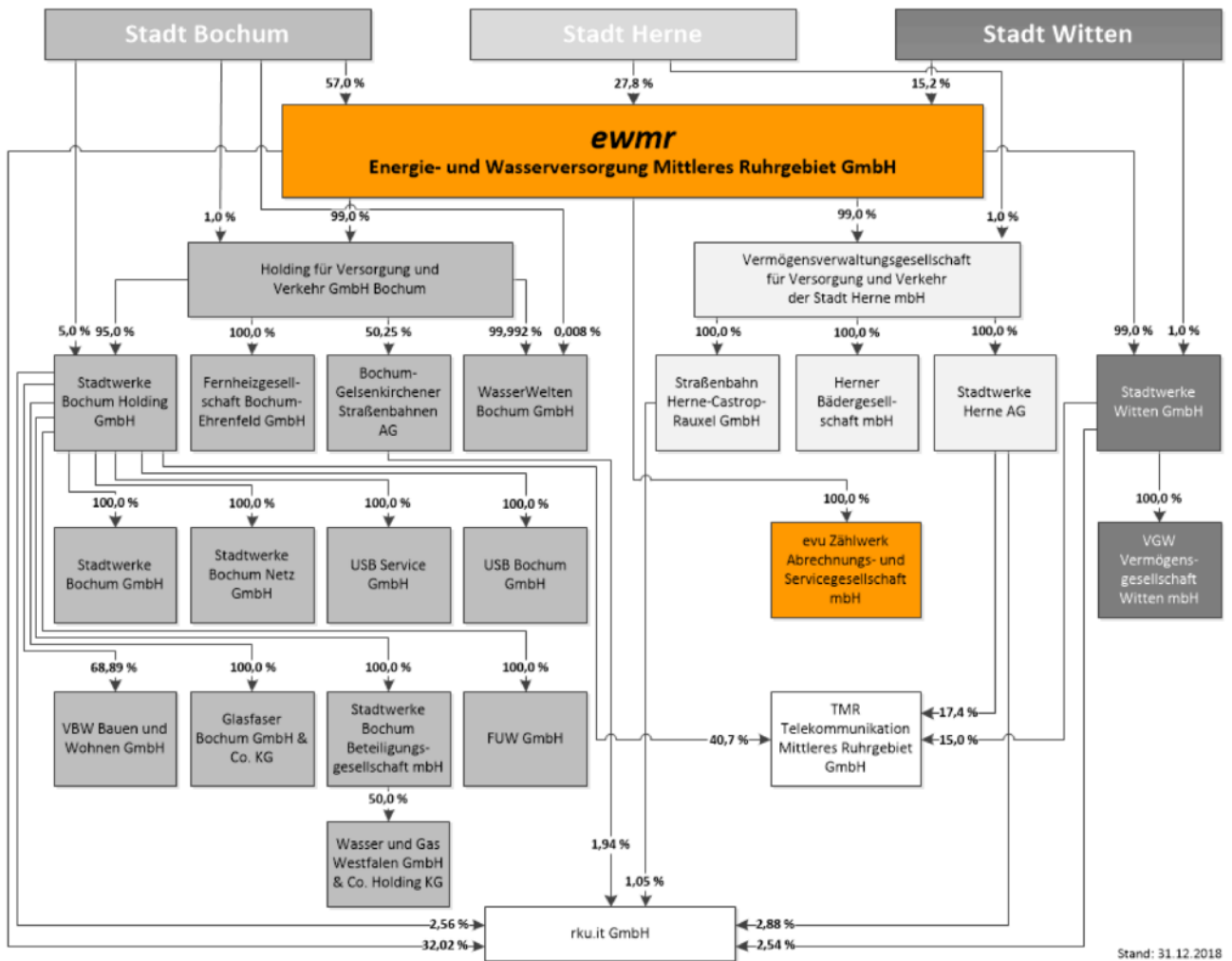


Konzerngeschäftsbericht 2018

	Seite
Konzernschaubild	2
Auf einen Blick	3
Organe der Gesellschaft	4
Bericht des Aufsichtsrates	5
Konzernlagebericht	6-20
Konzernbilanz	21
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	22
Konzernkapitalflussrechnung	23-24
Konzerneigenkapitalspiegel	25
Konzernanhang	26-50
Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers	51-55

Energie- und Wasserversorgung Mittleres Ruhrgebiet GmbH Konzernschaubild



Stand: 31.12.2018

		31.12.2018	31.12.2017
		bzw.	bzw.
		2018	2017
Umsatzerlöse (ohne Strom- und Erdgassteuer)	Mio. €	1.282,0	1.131,8
Materialaufwand	Mio. €	831,8	732,8
Personalaufwand	Mio. €	329,0	299,0
Abschreibungen auf Sachanlagen	Mio. €	87,1	53,8
Sonstige betriebliche Aufwendungen	Mio. €	120,4	113,8
Ergebnis aus Finanzanlagen	Mio. €	1,5	-4,3
Konzessionsabgabe	Mio. €	33,0	33,3
Konzernjahresergebnis	Mio. €	-5,9	7,9
Konzernbilanzergebnis	Mio. €	-87,2	-82,2
Anlagevermögen	Mio. €	2.499,5	1.501,1
Investitionen in Sachanlagen	Mio. €	130,1	82,6
Investitionen in Finanzanlagen	Mio. €	40,1	75,0
Mitarbeiter	Anzahl	5.099	4.707

Aufsichtsrat

Sonja Leidemann	Vorsitzende seit 23.03.2019	Bürgermeisterin Witten
Nicole Misterek	stellv. Vorsitzende	Personalleiterin
Norbert Arndt		Gewerkschaftssekretär (ver.di)
Wolfgang Cordes		Rentner
Dr. Frank Dudda	Vorsitzender bis 22.03.2019	Oberbürgermeister Herne
Thomas Eiskirch		Oberbürgermeister Bochum
Michael Faust		Technischer Angestellter
Bettina Gantenberg		Gewerkschaftssekretärin (ver.di)
Volker Hohmeier		stellv. Konzernbetriebsratsvorsitzender/ Betriebsratsvorsitzender
Udo Lochmann		Busfahrer/ Teamleiter
Gudrun Müller		Bezirksgeschäftsführerin (ver.di)
Dr. Uwe Rath (seit 15.03.2018)		Diplom-Geograph
Markus Schlüter		Beigeordneter Wirtschaftsführung, Geschäftsführer
Dirk Schröder		Konzernbetriebsratsvorsitzender/ Betriebsratsvorsitzender
Gabriele Schuh		Medizinische Fachangestellte
Dieter Schumann		Betriebsratsvorsitzender
Udo Sobieski		Angestellter
Erika Stahl		Pensionärin
Ernst Steinbach		Geschäftsführer
Dr. Benjamin Zemlin		Leitender Angestellter
Thomas Stotko (bis 05.02.2018)		Volljurist

Geschäftsführung

Dietmar Spohn, Sprecher
Ulrich Koch
Andreas Schumski
Frank Thiel

Der Aufsichtsrat ist während des Geschäftsjahres von der Geschäftsführung regelmäßig, zeitnah und umfassend über die Unternehmensplanung, die Geschäftsentwicklung und -lage sowie wesentliche Geschäftsvorgänge unterrichtet worden. Anhand der Berichte und erteilter Auskünfte hat der Aufsichtsrat die Geschäftsführung überwacht, alle Maßnahmen, die nach Gesetz und Satzung der Zustimmung des Aufsichtsrates bedürfen, sowie sonstige Geschäftsvorgänge von besonderer Bedeutung ausführlich erörtert und sich von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überzeugt. Der Aufsichtsrat hat im Rahmen seiner satzungsgemäßen Zuständigkeit die ihm obliegenden Entscheidungen getroffen.

Die als Abschlussprüfer bestellte PKF Fasselt Schlage Partnerschaft mbB Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft Rechtsanwälte, Duisburg, hat den von der Geschäftsführung aufgestellten Konzernabschluss und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2018 geprüft und den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Der Aufsichtsrat hat den Konzernabschluss und das Ergebnis der Konzernabschlussprüfung nach vorangegangener eingehender Prüfung zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Aufsichtsrat dankt den Geschäftsführungen, den Betriebsräten sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der im Konzern zusammengefassten Unternehmen für ihren Einsatz und die erfolgreiche Arbeit.

Bochum, 20. September 2019

Aufsichtsrat der Energie- und Wasserversorgung Mittleres Ruhrgebiet GmbH

Sonja Leidemann
Vorsitzende

Unternehmensgegenstand und Ziele

Unternehmensgegenstand der Energie- und Wasserversorgung Mittleres Ruhrgebiet GmbH (*ewmr*) ist der Bezug von und der Handel mit Energie und Wasser sowie die Energieerzeugung und die Wasserförderung mit dem Zweck der Weiterlieferung an die Tochterunternehmen Stadtwerke Bochum Holding GmbH, Stadtwerke Bochum GmbH, Stadtwerke Herne AG und Stadtwerke Witten GmbH. Sie übt die geschäftsleitende Tätigkeit einer Holding für Versorgung, Verkehr, Entsorgung und Telekommunikationsdienstleistungen gegenüber der Holding für Versorgung und Verkehr GmbH Bochum (HVV), der Vermögensverwaltungsgesellschaft für Versorgung und Verkehr der Stadt Herne mbH (VVH) und der Stadtwerke Witten GmbH aus.

Durch die effiziente Nutzung von Beschaffungsvorteilen, die Entwicklung von kerngeschäftsnahen Geschäftsfeldern sowie den Ausbau der Marktstellung bei Bündelkunden sollen die Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Zukunft geschaffen werden.

Rechtliches und wirtschaftliches Umfeld

Die deutsche Wirtschaft befand sich in einer der längsten Aufschwungphasen der Nachkriegszeit. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist ein umfassender Indikator für die gesamtwirtschaftliche Leistung. In 2018 ist das BIP um 1,4 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die Verbraucherpreise stiegen um 1,8 % (Vorjahr: 1,5 %). Die Arbeitslosenquote betrug 5,2 % im Jahr 2018 (Vorjahr: 5,7 %). Im Jahr 2019 werden die Zuwachsraten des deutschen BIP voraussichtlich leicht unterhalb des Potenzialwachstums liegen, sodass die Überauslastung der deutschen Wirtschaft zurück geht. Die Anzahl der Erwerbstätigen hat im Jahr 2018 einen neuen Höchststand erreicht und dürfte weiter steigen. Insbesondere von dem privaten Konsum, den Bauinvestitionen und dem Staatssektor dürften im Jahr 2019 positive Wachstumsbeiträge ausgehen. Der Sachverständigenrat rechnet mit einer Zuwachsrate des Bruttoinlandsproduktes von 0,8 %.

Das Umfeld in der Energiewirtschaft ist nicht zuletzt von politischen Entscheidungen geprägt. Erst 169 Tage nach der Bundestagswahl wurde am 12.03.2018 der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD unterzeichnet. Die klimapolitische Ausrichtung sieht ein Bekenntnis zu den nationalen, europäischen und im Rahmen des Pariser Klimaschutzabkommens vereinbarten Klimazielen 2020, 2030 und 2050 für alle Sektoren vor.

Am 6. Juni 2018 wurde von der deutschen Bundesregierung die Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung – im allgemeinen Sprachgebrauch oft „Kohlekommission“ genannt – eingesetzt. Hintergrund ist, dass im Jahr 2016 der Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung beschlossen wurde. Dieser beschreibt einen schrittweisen Weg in Richtung einer weitestgehend treibhausgasneutralen Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland bis Mitte des 21. Jahrhunderts. Insbesondere wurden für die einzelnen Sektoren (Energie, Industrie, Gebäude, Verkehr, Landwirtschaft) konkrete Minderungsziele für das Jahr 2030 festgelegt, deren Erreichung durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen sind. Für die Energiewirtschaft ist als Ziel eine Verringerung der Treibhausgasemissionen um 61 - 62 % gegenüber dem Jahr 1990 vorgesehen. Die Kommission sollte für den Beitrag der Kohleverstromung geeignete Maßnahmen zur Erreichung des energiewirtschaftlichen Sektorziels vorschlagen, die in das Maßnahmenprogramm zur Umsetzung des Klimaschutzplans einfließen sollen. Darüber hinaus sah der Auftrag der Kommission vor, einen Plan zu entwickeln, wie die Kohleverstromung schrittweise reduziert und letztendlich beendet werden kann. Konkret sollte ein Enddatum ermittelt und die notwendigen rechtlichen, wirtschaftlichen, sozialen, renaturierungs- und strukturpolitischen Begleitmaßnahmen eruiert werden. Für die Energiewirtschaft sollten kurzfristige Maßnahmen entwickelt werden, um die Lücke zum nationalen Klimaziel so weit wie möglich zu reduzieren. Das Klimaziel sieht eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes um 40 % unter den Stand von 1990 vor.

Im Januar 2019 wurde der Abschlussbericht der Kommission vorgelegt. Als Abschlussdatum für die Kohleverstromung wird das Ende des Jahres 2038 empfohlen. In den Jahren 2023, 2026, 2029 und 2032 ist vorgesehen, das Abschlussdatum durch ein unabhängiges Expertengremium umfassend zu überprüfen. Infolge dessen kann im Rahmen einer einvernehmlichen Verhandlungslösung der Ausstieg auf das Jahr 2035 vorgezogen werden. Ende 2017 waren Kohlekraftwerke mit einer Nettoleistung von 42,6 GW am Markt, dazu kommt eine Netzreserve. Bereits bis zum Jahr 2022 sollen insgesamt 12,5 GW vom Netz gehen. Die Netzreserve soll bis dahin von Kohle auf Gas umgestellt werden. Die Stilllegungen sollen einvernehmlich auf vertraglicher Grundlage mit den Betreibern erfolgen. Ab 2023 sieht die Kommission Entlastungen der privaten Haushalte und Unternehmen vom Strompreisanstieg vor, der durch die beschleunigte Reduzierung bzw. Beendigung der Kohleverstromung erwartet wird. So wird ein Zuschuss zu den Netzentgelten vorgeschlagen. Neue Umlagen oder Abgaben soll es hingegen nicht geben. Um die zu erwartenden wirtschaftlichen und sozialen Belastungen zu mildern, sollen die betroffenen Kohleregionen, insbesondere im Rheinland und der Lausitz, Strukturhilfen erhalten. Die Gesamtsumme wird bis 2040 auf mindestens 40 Mrd. € beziffert. Neben Verkehrsprojekten wird die Ansiedlung von Bundesbehörden angeregt.

Neben der Beendigung der Kohleverstromung sieht der Koalitionsvertrag ferner vor, den Anteil Erneuerbarer Energien am deutschen Strommix bis 2030 auf 65 % zu steigern. Erreicht werden soll dieses Ziel u. a. mit kurzfristigen Sonderausschreibungen in den Jahren 2019 und 2020 über 4 GW Onshore-Windkraft und 4 GW Photovoltaik. Der Offshore-Windbeitrag wird im Koalitionsvertrag zwar erwähnt, jedoch nicht quantifiziert. Als Voraussetzung für die Sonderausschreibungen wird „die Aufnahmefähigkeit der entsprechenden Netze“ genannt. Grundsätzlich ist im Koalitionsvertrag die Willensbekundung formuliert, künftig auf eine bessere Synchronisierung von Erneuerbaren Energien und Netzkapazitäten zu achten. Der Anteil des aus Sonnen-, Wind- und Wasserkraft sowie Biomasse erzeugten Stroms am gesamten deutschen Strommix erhöht sich im Jahr 2018 auf 40,4 %. Dies entspricht einer Veränderung von +4,3 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr. Vor zehn Jahren lag der Anteil noch bei 16,2 %.

Für die Weiterentwicklung der Elektromobilität in Deutschland sieht die Große Koalition im Koalitionsvertrag die Errichtung einer Kommission vor, die aus Vertretern von Politik, Wirtschaft, Umweltverbänden, Gewerkschaften sowie betroffenen Ländern und Regionen bestehen soll. Ziel der Kommission sollte es sein, eine Strategie „Zukunft der bezahlbaren und nachhaltigen Mobilität“ mit verlässlicher Zeitschiene zu erarbeiten. Die Kommission wurde letztendlich in der Nationalen Plattform „Zukunft der Mobilität“ (NPM) integriert, die ihre Arbeit im September 2018 aufgenommen hat. Im Koalitionsvertrag ist der Aufbau einer flächendeckenden Ladeinfrastruktur für E-Autos vorgesehen. Bis 2020 sollen 100.000 zusätzliche Ladepunkte entstehen – davon mindestens 1/3 Schnellladesäulen. Ausführungen zur Netzintegration der Ladeinfrastruktur sind dem Koalitionsvertrag nicht zu entnehmen. Zum Jahresende 2018 waren 16.100 öffentliche und teilöffentliche Ladepunkte im Ladesäulenregister des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) erfasst - davon 12 % Schnelllader. Über drei Viertel der Ladesäulen werden von der Energiewirtschaft betrieben. Beim Kraftfahrtbundesamt waren rund 150.000 Pkw mit Elektro- oder Plug-In-Hybrid-Antrieb registriert. Von den insgesamt 3,4 Mio. Pkw-Neuzulassungen entfielen 3,8 % auf Plug-in-Hybride und 1,0 % auf reine Elektro-Pkw.

Der flächendeckende Umbau der Stromzählerinfrastruktur von analoger auf digitale Messtechnik ist bereits mit Erlass des Messstellenbetriebsgesetzes im Jahr 2016 beschlossen worden. So sind bis 2032 alle Haushalte und stromerzeugende Anlagen mindestens mit einer sogenannten modernen Messeinrichtung, also einem digitalen Stromzähler, auszustatten. Liegt der Verbrauch bzw. die installierte Leistung (bei Erzeugungsanlagen) über den gesetzlich festgelegten Grenzwerten, ist zudem der Einbau eines intelligenten Messsystems, umgangssprachlich „Smart Meter“, vorgesehen. Bei letzterem ist der Stromzähler an ein Smart-Meter-Gateway angebunden, das die Verbrauchs-/Erzeugungsdaten automatisch übermittelt. Die von den Herstellern entwickelten

Smart-Meter-Gateways müssen zunächst vom Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) nach hohen Sicherheitsstandards zertifiziert werden. Im Januar 2019 ergab eine Marktanalyse des BSI, dass bis dato erst das Smart-Meter-Gateway eines Herstellers zertifiziert war. Das BSI konnte daher die technische Möglichkeit für den Rollout mit Einbaupflicht noch nicht feststellen. Zum Zeitpunkt der Erstellung der Marktanalyse befanden sich jedoch acht weitere Smart-Meter-Gateway-Hersteller im Zertifizierungsverfahren. Voraussetzung für einen Start der Rollout-Pflicht wären mindesten drei zertifizierte Gateways. Die für den Betrieb intelligenter Messsysteme notwendige Infrastruktur steht gemäß Aussage des BSI jedoch vollständig zur Verfügung.

Im Bereich der Stromversorgung sind die staatlichen Abgaben der größte Preisbestandteil. Insgesamt betrug der Anteil der staatlichen Abgaben am Strompreis für Privatkunden laut BDEW 54 % im Jahr 2018. Mit einer leichten Senkung in Höhe von 0,088 ct/kWh (-1,3 %) auf 6,792 ct/kWh ist die EEG-Umlage nach wie vor die höchste staatliche Abgabe im Strompreis. Der Rückgang der KWK-Umlage hingegen fällt mit 21,2 % deutlicher aus. Die Umlage vermindert sich um 0,093 ct/kWh auf 0,345 ct/kWh. Ebenfalls eine Senkung im Vergleich zum Vorjahr gab es bei der § 19 StromNEV-Umlage. Diese verringerte sich um 0,018 ct/kWh auf 0,370 ct/kWh. Dies entspricht einer Senkung um 4,6 %. Gegenläufig entwickelten sich ab dem 1. Januar 2018 die Umlage nach § 17f des Energiewirtschaftsgesetzes (Offshore-Haftungsumlage) sowie die Umlage nach § 18 der Verordnung zu abschaltbaren Lasten. Die Offshore-Haftungsumlage stieg von einem negativen Wert im Vorjahr in Höhe von -0,028 ct/kWh um 0,065 ct/kWh auf 0,037 ct/kWh an. Dies entspricht einer Steigerung von 232,1 %. Die Umlage zu abschaltbaren Lasten stieg im Jahr 2018 schon zum zweiten Mal in Folge an. Mit einer Erhöhung von 0,005 ct/kWh bzw. 83,3 % fiel der Anstieg jedoch etwas geringer aus als im Vorjahr. Mit 0,011 ct/kWh hat die Umlage den höchsten Wert seit ihrer Einführung im Jahr 2014 erreicht. Der Anteil der staatlich regulierten Netzentgelte am Abgabepreis betrug 25 %. Neben den bereits genannten 54 % staatlichen Abgaben entfallen die restlichen 21 % auf die Beschaffung und den Vertrieb. Insgesamt sind die Strompreise für Privatkunden laut BDEW im Jahr 2018 um durchschnittlich 0,6 % gestiegen.

In der Gasversorgung ist der Anteil der staatlichen Abgaben am Abgabepreis für Haushalte deutlich geringer als in der Stromversorgung. Dieser lag im Jahr 2018 laut BDEW bei 27 % und hat sich im Vergleich zum Vorjahr nicht verändert. Insgesamt sind die Erdgaspreise für Haushalte laut BDEW um durchschnittlich 1,4 % gestiegen. Obwohl die Liberalisierung des Gasmarktes im Jahr 2007 lange nach der Liberalisierung des Strommarktes im Jahr 1998 stattfand, ist die Wettbewerbsdichte aktuell auf beiden Märkten durchaus vergleichbar. Laut BDEW können Erdgas-

kunden in nahezu allen Netzgebieten aus mehr als 20 Lieferanten wählen. In 93 % der Netzgebiete kann sogar aus mehr als 50 Lieferanten gewählt werden.

Im VRR-Verbund ergaben sich Rückgänge bei den Fahrgastzahlen. Das vorhandene Ticketsortiment weist nicht mehr die Attraktivität für potentielle Neukunden auf und insbesondere die flexiblen, digitalen und mobilen Angebote müssen deutlich verstärkt werden.

Das Abfallrecht unterliegt ständigen Veränderungen. Neben zahlreichen Strategiepapieren zum Schutz von Umwelt und Ressourcen, gibt es laufend Gesetzgebungsinitiativen. Auch die Rechtsprechung beschäftigt sich regelmäßig mit der Auslegung bestehender Risiken. Zum 01.01.2019 ist das neue Verpackungsgesetz in Kraft getreten und zum 01.08.2017 die neue Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV). Insbesondere betrifft die neue GewAbfV den Bereich der gewerblichen Siedlungsabfälle. Neben Papier, Pappen, Kartonagen, Kunststoffen, Glas und Metallen müssen auch Holz, Textilien und sämtliche Bioabfälle getrennt erfasst werden. Mit der Novelle hat der Gesetzgeber unter anderem die getrennte Erfassung von stofflich verwertbaren Abfällen bezweckt, um somit das Recycling zu stärken. Dies führt insgesamt für die Abfallerzeuger zu erweiterten Getrenntsammlungs- und Dokumentationspflichten.

Auf dem Telekommunikationsmarkt in Deutschland ist der Umsatz mit Produkten und Diensten der Informationstechnologie in 2018 um 2,0 % auf 161,3 Mrd. € gewachsen. Der Umsatz im Bereich der Telekommunikation ist leicht um 0,9 Mrd. € auf 66,6 Mrd. € angestiegen.

Wirtschaftliche Entwicklung

Der Konzernabschluss 2018 ist stark von der Erstkonsolidierung der VBW Bauen und Wohnen GmbH (VBW) geprägt und entsprechend eingeschränkt mit dem Vorjahreskonzernabschluss vergleichbar.

Im gesamten Versorgungsbereich wurden die Abgabepreise in der Sparte Strom aufgrund der Erhöhung der Netzentgelte Anfang 2018 erhöht. In der Gasversorgung wurden die Abgabepreise für Haushalts- und Kleingewerbekunden im Bochumer Gebiet zum 1.10. bzw. zum 1.11.2018 aufgrund des starken Anstiegs der Beschaffungskosten erhöht.

Im Verkehrsbereich wurden im VRR-Verbund die Fahrpreise zum 01.01.2018 angehoben.

Die Gesamtumsatzerlöse liegen mit 1.282,0 Mio. € um 150,1 Mio. € bzw. 13,3 % über denen des Vorjahres. Im Wesentlichen resultiert der Anstieg aus den erstmalig enthaltenden Umsatzerlösen aus der Wohnungswirtschaft (82,8 Mio. €) und aus dem Umsatzerlösanstieg um 45,7 Mio. € im Versorgungsbereich.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sanken um 8,3 Mio. € auf 66,9 Mio. €. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus Veräußerungsgewinnen aus Aktienverkäufen sowie Erträgen aus dem Verkauf von Beteiligungsrechten, die im Vorjahr enthalten sind.

Der Materialaufwand nahm um 99,0 Mio. € auf 831,8 Mio. € zu. Der Anstieg liegt im Wesentlichen in der Erstkonsolidierung der VBW sowie mengen- und preisbedingt im Versorgungsbereich.

Der Personalaufwand stieg um 30,0 Mio. € auf 329,0 Mio. €. Neben Tarifsteigerungen in fast allen Bereichen war der Hauptgrund aber der Anstieg der Mitarbeiterzahlen um 392 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus der Erstkonsolidierung der VBW mit 132 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie der Übernahme des Bäderpersonals der Stadt Bochum mit 93 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, ebenso auf dem Personalzuwachs im Verkehrsbereich.

Das Ergebnis aus Finanzanlagen verbesserte sich in 2018 gegenüber dem Vorjahr von -4,3 Mio. € auf 1,5 Mio. €. Der Anstieg resultierte insbesondere aus im Vorjahr außerplanmäßigen Abschreibungen in Höhe von 6,4 Mio. € auf die Beteiligung an der Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG (TWB I).

Wie im Konzernlagebericht 2017 prognostiziert, wurde ein spürbar geringeres Ergebnis erwirtschaftet. In 2018 erzielt der ewmr-Konzern ein Ergebnis nach Steuern von -2,9 Mio. € nach 10,6 Mio. € im Vorjahr. Nach Abzug der sonstigen Steuern ergibt sich ein Konzernjahresfehlbetrag von 5,9 Mio. € nach einem Konzernjahresüberschuss von 7,9 Mio. € in 2017. Insgesamt verbleibt nach Entnahmen aus der Kapitalrücklage, Einstellungen in andere Gewinnrücklagen und der Berücksichtigung des Verlustvortrages aus dem Vorjahr ein Konzernbilanzverlust von 87,2 Mio. € gegenüber 82,2 Mio. € im Vorjahr.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Bilanzsumme beträgt 3.001,5 Mio. €. Sie nahm im Vergleich zum Vorjahr um 55,5 % zu. Hauptgrund hierfür ist die Erstkonsolidierung der VBW. Während auf der Aktivseite das langfristig gebundene Vermögen 83,3 % der Bilanzsumme ausmacht, stehen dem auf der Passivseite langfristig verfügbare Mittel von 81,1% gegenüber. Demnach ist das langfristig gebundene Vermögen des Konzerns nahezu vollständig langfristig finanziert.

Die Eigenkapitalquote ist mit 27,5 % um 4,4 Prozentpunkte gesunken und das Verhältnis von Eigen- zu Fremdkapital beträgt 1 : 2,64 nach 1 : 2,13 im Vorjahr.

Aufgrund der Finanzmittelzuflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit (36,0 Mio. €) und aus der Finanzierungstätigkeit (29,6 Mio. €) sowie des Finanzmittelabflusses aus der Investitionstätigkeit (68,2 Mio. €) resultiert ein zahlungswirksamer Rückgang des Finanzmittelfonds um 2,6 Mio. €. Jedoch führt eine konsolidierungsbedingte Änderung in Höhe von 17,0 Mio. € zu einem Finanzmittelfonds von insgesamt 133,9 Mio. € gegenüber 119,4 Mio. € im Vorjahr.

Der Konzern war im Geschäftsjahr jederzeit in der Lage, seinen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen. Die geordnete wirtschaftliche Lage des Konzerns besteht auch zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichtes unverändert fort.

Risikobericht

Der Konzern der ewmr ist im Rahmen seiner unternehmerischen Tätigkeiten einer Vielzahl von Risiken ausgesetzt. Diese gilt es vorausschauend zu identifizieren und zu bewerten. Durch ein umfangreiches und konsequentes Risikomanagement wird sichergestellt, dass bestandsgefährdende Risiken frühzeitig erkannt und Gegensteuerungsmaßnahmen eingeleitet werden können.

Die Aktivitäten im Energiebereich gehen mit unterschiedlichen Risiken einher. Die Erzeugung, Beschaffung und Verteilung von Energie ist hauptsächlich folgenden Risiken ausgesetzt: Mengen- und Absatzrisiken aufgrund von Nachfrageschwankungen, immer stärker und aggressiver werdender Wettbewerb, Verteilungsausfälle und sonstige technische Risiken bedingt durch unvorhergesehene Störungen bei den für die Energiebereitstellung notwendigen hochkomplexen Anlagen; Sach- und Finanzinvestitionen sind außerdem mit vielschichtigen Gefahren verbunden.

Darüber hinaus können Änderungen der politischen, rechtlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen für den Energiesektor Risiken hervorrufen, die zu einer Belastung der aktuellen Ergebnislage führen und insbesondere die langfristige Planungssicherheit erheblich mindern. Weitere Anpassungen des EEG und die Ausgestaltung eines umfassenden neuen Marktmodells sind wesentliche politische Faktoren, von denen die Wirtschaftlichkeit der Kraftwerksneubauten und jungen Bestandskraftwerken abhängt.

So hat die von der Bundesregierung eingesetzte Kohlekommission entschieden, bis 2038 aus der Stein- und Braunkohle auszusteigen. Da zeitgleich (bis 2022) der Kernenergieausstieg erfolgen soll und davon auszugehen ist, dass europaweit eher weniger in gesicherte Kraftwerksleistung investiert wird, kann mit weiter steigenden Strompreisen und Erzeugungsspreads gerechnet werden. Allerdings werden sich sehr wahrscheinlich keine signifikanten Änderungen des Börsenstrompreises ergeben, sodass sich auch langfristig kein auskömmliches Niveau für junge, moderne Kraftwerke ergibt. Darüber hinaus wird die wetterbedingte Volatilität am Spotmarkt weiter ansteigen. Es kann davon ausgegangen werden, dass die effizientesten Kohlekraftwerke vor dem Hintergrund des Klimaschutzes als letztes abgeschaltet werden - jedoch deutlich vor Erreichen der Lebensdauer.

Für eine stärkere Beschaffungsunabhängigkeit ist die *ewmr* an einzelnen Kraftwerks- und Gasspeicheranlagen beteiligt. Dementsprechend hält sie Beteiligungen an den fossil befeuerten Kraftwerken Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG (TGH), sowie Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG (TKL). Des Weiteren unterhält die *ewmr* zwei Gasspeicherprojekte: Kommunale Gasspeichergesellschaft Epe mbH & Co. KG (KGE) und Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG (TGE). Die Stadtwerke Bochum Holding GmbH ist an der TGE auch direkt beteiligt. Diese Projektbeteiligungen sind unter anderem den oben beschriebenen Risiken politischer und regulatorischer Eingriffe, Preis- sowie Marktrisiken ausgesetzt. Die genannten Risiken werden im Rahmen eines konsequenten Risikomanagements überwacht und gesteuert. Hierzu zählen beispielsweise strategiebasierte Prüfungen und Analysen sowie ein umfassendes Investitions- und Projektcontrolling. Darüber hinaus werden Projekte ausschließlich mit erfahrenen, wirtschaftlich starken und vertrauenswürdigen Partnern durchgeführt. Für die Vermarktung der Kraftwerkskapazitäten werden Strategien definiert und mit Hilfe von Limitvorgaben überwacht.

Auf der Grundlage von Wirtschaftlichkeitsberechnungen und der skizzierten Entwicklung im Erzeugungsmarkt ergeben sich Risiken aus der Vermarktung des Kohlekraftwerks TKL. Entsprechend der aktuellen Annahmen über zukünftige Preisentwicklungen ist von drohenden Verlusten aus dem langfristigen Stromliefervertrag mit TKL auszugehen. Im Jahresabschluss 2018

ist auf Basis der aktuellen Erkenntnisse eine weitere Zuführung zur bereits bestehenden Drohverlustrückstellung aus dem Stromliefervertrag mit TKL vorgenommen worden. Darüber hinaus wurden für KGE und TGE die bestehenden Drohverlustrückstellungen zum 31.12.2018 erhöht.

Als wesentliche Finanzbeteiligung der *ewmr* ist die Gas Union GmbH (GU) zu nennen. Das Geschäft der GU besteht nach dem für das Geschäftsjahr 2019 vorgesehen Ausstieg aus dem Segment Gasexploration zukünftig insbesondere aus den Bereichen Gashandel und Netzwirtschaft. Die Geschäftstätigkeiten zu den Bereichen sind dabei sowohl in der eigenen Gesellschaft als auch verschiedenen Beteiligungs- und Tochterunternehmen gesellschaftsrechtlich abgebildet. Trotz des Ausstiegs aus dem hochrisikoreichen Explorationsgeschäft wird die Gesellschaft auch weiterhin mit verschiedenen energiewirtschaftlichen Risiken konfrontiert. Hierzu zählen z.B. die Marktpreisrisiken des Handels als auch die Risiken der Gasspeichervermarktung. Um den steigenden Herausforderungen des Energiemarktes zu begegnen, wurden in der GU bereits verschiedene Bemühungen zur Restrukturierung und Strategieanpassung initiiert. Da die vorgesehenen Maßnahmen aber noch nicht abschließend umgesetzt wurden und die wirtschaftliche Lage weiterhin angespannt bleibt, wurde im Geschäftsjahr 2018 von Seiten der *ewmr* eine Abschreibung auf den Beteiligungsbuchwert vorgenommen. Für die *ewmr* besteht zudem das Risiko, dass die geplanten Restrukturierungsmaßnahmen nicht mit dem notwendigen Erfolg umgesetzt werden können und eine mittel- bis langfristig unterstellte Markterholung ausbleibt.

Die Kursentwicklung der RWE-Aktien und eine damit einhergehende potentielle Abschreibung des Buchwertes der gehaltenen Aktien auf einen vermeintlich niedrigeren Kurswert stellt grundsätzlich ein weiteres Risiko des *ewmr*-Konzerns dar. Darüber hinaus kann sich durch eine Senkung bzw. durch den Wegfall der Dividende ein zusätzliches Risiko ergeben. Aufgrund der Analystenschätzungen sowie aktuellen Mitteilungen seitens der RWE AG kann das Risiko für die Dividende im Jahr 2019 und die Folgejahre zurzeit als gering eingestuft werden.

Hinsichtlich der Projektrisiken aus dem Bereich Erneuerbare Energien ist insbesondere die über die Stadtwerke Bochum Holding GmbH gehaltene Beteiligung an dem Offshore Windpark TWB zu nennen. Die erste Ausbaustufe, welche seit September 2015 im kommerziellen Betrieb ist, wurde gesellschaftsrechtlich in der TWB I abgebildet.

Das operative Risiko für TWB besteht grundsätzlich in der technischen Verfügbarkeit der Windenergieanlagen sowie der Windhöflichkeit. Finanzielle Erträge können nur generiert werden,

wenn die Anlagen betriebsbereit sind und zudem ein ausreichendes Windaufkommen vorliegt. Marktpreisrisiken ist das Projekt derzeit nicht ausgesetzt, da die Winderträge im Rahmen des Förderregimes des EEG vermarktet werden. Erst mit Auslaufen der Förderung im Jahr 2022 werden die Winderträge zu reinen Marktpreisen vermarktet. In der Werthaltigkeitsprüfung der Beteiligung an TWB wird natürlich auch der Zeitraum nach Auslaufen der EEG-Förderung berücksichtigt, sodass bewertungsseitig Risiken aus den Marktpreiserwartungen resultieren.

Der Hauptlieferant für die Windkraftanlagen der Projektgesellschaft Trianel Windkraftwerk Borkum II GmbH & Co. KG (TWB II) hat im ersten Quartal 2019 einen Restrukturierungsprozess eingeleitet, in dem die Sanierungsfähigkeit der Gesellschaft geprüft wurde. Im zweiten Quartal 2019 wurde zunächst ein Insolvenzverfahren in Eigenverwaltung eingeleitet, welches im weiteren Verlauf durch ein reguläres Insolvenzverfahren abgelöst werden soll.

Der Lieferant hat gegenüber TWB II die alleinige vertragliche Verantwortung für die Produktion, Installation und Inbetriebnahme der Windkraftanlagen und ist somit von wesentlicher Bedeutung für die Umsetzung der Bauphase. Sollte die Bauphase nicht wie geplant umgesetzt werden können, bestünde das Risiko zusätzlicher Transaktionskosten und Zusatzkosten aus der verlängerten Bauphase. Zusätzlich würde das Projekt aufgrund der EEG-Degression bei einer Inbetriebnahme von Anlagen nach dem 31.12.2019 jeweils 1,0 ct/kWh EEG-Vergütung für die Zeit der Förderung verlieren. Ab dem 31.12.2020 entfielen die EEG-Förderung für die jeweiligen Anlagen gänzlich. Würde hierdurch die wirtschaftliche Tragfähigkeit des Projektes überschritten, wären die Werthaltigkeit der Eigenkapitalanteile sowie die an TWB II ausgegebenen Gesellschafterdarlehen aus Sicht der Stadtwerke Bochum Holding GmbH gefährdet.

Der bisherige Baufortschritt ist aus technischer wie finanzieller Sicht insgesamt erfolgreich verlaufen. Gemäß der aktuellen Informationslage ist zudem die erfolgreiche Abwicklung der letzten Bauphase auch weiterhin mit dem bisherigen Hauptlieferanten oder unter zu Hilfeziehung anderer Zulieferer und Dienstleister möglich. Eine unmittelbare Auswirkung auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadtwerke Bochum Holding GmbH besteht unter den genannten Informationen zunächst nicht, da das Projekt TWB II nicht bestandsgefährdet ist. Es ist davon auszugehen, dass sich eventuelle Risiken im Laufe der weiteren Sachverhaltsklärung im dritten und vierten Quartal 2019 erhärten.

Gemeinsam mit fünf weiteren Stadtwerken ist die Stadtwerke Bochum Holding GmbH zum 31.12.2018 mittelbar mit 100 % an der STEAG GmbH (STEAG) beteiligt. Die jeweiligen Anteile

sind in der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (KSBG) gebündelt, die damit Alleingesellschafterin ist.

Der STEAG-Konzern, fünftgrößter deutscher Stromerzeuger, sieht sich in der deutschen Energiewirtschaft nach wie vor mit einem Umfeld restriktiver und sich weiter verändernder regulatorischer Rahmenbedingungen konfrontiert. Sollte die STEAG nicht in der Lage sein, ihr umfassendes Transformationsprogramm STEAG 2022 hinsichtlich der in der Wirtschaftsplanung hinterlegten Portfolio- und Wachstumsmaßnahmen sowie der Effizienzsteigerungen umzusetzen, ist die nachhaltige Ergebniserholung und Neuausrichtung des Konzerns gefährdet. Zudem besteht für die STEAG und KSBG die Herausforderung, im aktuellen Mittelfristzeitraum einen Großteil der langfristigen Bankverbindlichkeiten zu refinanzieren. Die Stadtwerke Bochum Holding GmbH hat aufgrund der aktuellen Einschätzung der Unternehmenslage aus konservativer Sicht eine Wertberichtigung ihrer Beteiligung an der KSBG vorgenommen.

Der ewmr-Konzern ist mit einem Anteil von 24,7 % an der Trianel GmbH beteiligt. Aufgrund der allgemeinen energiewirtschaftlichen Entwicklungen und insbesondere der schwierigen Vermarktungssituation konventioneller Kraftwerke sieht sich auch die Trianel GmbH mit entsprechenden Herausforderungen konfrontiert. Die Gesellschaft hat daher 2017/2018 ein unternehmensweites Restrukturierungsprogramm durchgeführt, wodurch eine gute Basis für die Weiterentwicklung geschaffen wurde. Es besteht jedoch grundsätzlich das Risiko, dass die umgesetzten Restrukturierungsmaßnahmen langfristig nicht den gewünschten Erfolg erzielen und eine mittel- bis langfristig unterstellte Markterholung ausbleibt.

Für den Jahresabschluss werden aus Risikogesichtspunkten für wesentliche Beteiligungen und Projekte Werthaltigkeitsprüfungen durchgeführt. Sofern Anzeichen für Wertminderungen vorliegen, werden diese im Rahmen der Jahresabschlusserstellung berücksichtigt.

Hauptrisiken im Entsorgungsbereich sind die Nachsorgeverpflichtungen. Für diese Risiken wurden entsprechende Rückstellungen gebildet. Weitere Risiken bestehen insbesondere im Bereich der Gewerbeabfallaufbereitung, die sich aus Mengen- und Preisrisiken für die Anlieferungen ergeben, denen durch verstärkte Vertriebsaktivitäten entgegengewirkt wird. Der Wettbewerb auf dem Entsorgungsmarkt trägt dazu bei, dass die Vertriebsaktivitäten laufend neu gestaltet werden müssen.

Im Verkehrsbereich könnten Fördermittelkürzungen des Bundes und des Landes die Geschäftstätigkeit negativ beeinflussen. Im Hinblick auf die Notwendigkeit der Finanzierung von

Erneuerungsinvestitionen in die Infrastruktur sind in dem vorliegenden Gesetzesentwurf des ÖPNVG NRW nunmehr Fördertatbestände enthalten. Bei der finanziellen Ausstattung der Förderlöcher ist abzuwarten, wie sich die Regelungen in der Praxis bewähren und wie die erforderlichen Erneuerungen der ortsfesten und mobilen Infrastruktur finanziert werden können. Aufgrund der Vorfinanzierung von Fördergeldern, die zwar der Höhe nach verbindlich zugesagt sind, deren Auszahlungszeitpunkt jedoch nicht feststeht, könnten ungeplante Finanzierungskosten anfallen.

In der Wohnungswirtschaft zählt die dauerhafte Vermietbarkeit der eigenen Wohnungen bei stärkerem Wettbewerb zu den größten Herausforderungen. Die nachhaltige Qualitätssteigerung der Wohnquartiere und die Erhöhung der Kundenbindung ist zentrales Ziel.

Der Telekommunikationsbereich ist durch Beobachtung des technischen Fortschrittes und insbesondere daraus resultierender Marktentwicklungen in der Lage, auf Marktveränderungen kurzfristig zu reagieren. Die stets sorgfältige Auswahl der Kunden trägt weiterhin dazu bei, dass nicht mit nennenswerten Zahlungsausfällen wegen Insolvenzen bzw. vorzeitiger Vertragsbeendigungen zu rechnen ist.

Es bestanden in 2018 keine Risiken, die den Fortbestand der *ewmr* oder anderer Konzernunternehmen gefährdet hätten. Aus heutiger Sicht sind auch für die absehbare Zukunft keine derartigen Risiken erkennbar.

Neben den dargestellten Risiken ergeben sich auch Chancen bei Beteiligungen oder Tochterunternehmen. Durch Kooperationen innerhalb sowie außerhalb des Konzerns können Synergien gehoben werden. So werden verschiedene Kooperation eingegangen auf der Suche nach zukunftssträchtigen Ideen und Technologien.

Neue Geschäftsfelder und Innovationen stärken die Marktposition und liefern zusätzliche Ergebnispotentiale. Die Digitalisierung spielt auch in der Energiewirtschaft eine immer größer werdende Rolle und spiegelt sich beispielsweise in den Themenfeldern Smart Grid, Smart Meter und Smart Home wider. Die engere Verzahnung zwischen Erzeugung, Netzen, Speichern sowie der Kundenwelt ermöglicht eine bessere Steuerung von Angebot und Nachfrage sowie eine konsequent auf den Kunden ausgerichtete Strategie. Intelligente Produkte und eine lösungs- und serviceorientierte Kundenbetreuung gehen damit einher. Weitere Potentiale eröffnen sich in den Bereichen erneuerbare Energien, Telekommunikation, Glasfasernetz sowie Beteiligungen und Startups.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Im Geschäftsjahr 2018 waren bei der *ewmr* und ihren Tochterunternehmen durchschnittlich 5.099 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (i. Vj. 4.707) beschäftigt. Die gesetzlich vorgeschriebene Schwerbehindertenquote wurde im Konzern wie in den Vorjahren mehr als erfüllt.

Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen

Im Rahmen des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Männern und Frauen an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im Öffentlichen Dienst hat die *ewmr* für den Aufsichtsrat das Ziel eines mindestens 30 %-igen Frauenanteils und für die Geschäftsführung entsprechend der aktuellen Zusammensetzung das Ziel eines 0 %-igen Frauenanteils bis zum 14.09.2022 formuliert. Zum 31.12.2018 lag der Frauenanteil bei der Zusammensetzung des Aufsichtsrats bei 30,0 %.

Öffentliche Zwecksetzung

Der *ewmr* sowie deren Tochtergesellschaften wurden die öffentlichen Aufgaben der Versorgung der Bürger, der Wirtschaft und sonstiger Verbraucher mit Energie und Wasser, der Entsorgung, der Erbringung von Verkehrsdienstleistungen und der Erbringung von Telekommunikationsdienstleistungen übertragen. Die Gesellschaften haben den öffentlichen Zweck nachhaltig erfüllt, der ihnen von den Gesellschaftern, den Städten Bochum, Herne und Witten, übertragen wurde.

Prognosebericht

Die Investitionspläne der Konzernunternehmen für 2019 sehen im Wesentlichen den Ausbau und die Erneuerung von Versorgungs- und Informationsnetzen sowie die Modernisierung des Fahrzeugparks und der Verkehrsnetze vor.

Für 2019 rechnet der Versorgungsbereich mit einem etwas geringeren Ergebnis. Mittelfristig wird von einem stabilen Ergebnis ausgegangen. Den Herausforderungen des energiewirtschaftlichen Umfelds wird unter anderem mit geplanten Investitionsprojekten im Bereich der Erneuerbaren Energien begegnet.

Die Wirtschaftlichkeit der konventionellen Kraftwerksprojekte hängt ausschließlich von den Entwicklungen an den Energiemärkten und von weiteren politischen Entscheidungen ab. Ein Großteil der in den Folgejahren zu erwarteten Verluste - insbesondere durch den Stromliefervertrag mit TKL - können durch die Inanspruchnahmen der hierfür bereits gebildeten Drohverlustrückstellungen aufgefangen werden.

Der Entsorgungsbereich prognostiziert für 2019 ein Ergebnis auf gleichbleibendem Niveau. Der Abschluss des Umbaus des EKOCityCenters ist für das Frühjahr 2019 geplant. Die Preisprüfungsstelle der Bezirksregierung Arnsberg wird im Mai 2019 die der Stadt Bochum in Rechnung gestellten Entgelte für die erbrachten Leistungen in den gebührenrelevanten Bereichen des Jahres 2018 auf Basis der „Leitsätze für die Preisermittlung auf Grund von Selbstkosten“ (LSP) prüfen. Für das Geschäftsjahr 2019 ist im Bereich des Containerdienstes mit einer Auslastung von größer 85 %, für den Bereich EKOCity von nahezu 100 % zu rechnen.

Für den Verkehrsbereich wird die voraussichtliche Entwicklung leicht positiv beurteilt. Basis der Beurteilung bildet die mittlere Tarifierhöhung zum 01.01.2019 verbunden mit der Erwartung stabiler Fahrgastzahlen. Gleichzeitig sind weiterhin Anstiege bei den tariflichen Entgelten und dem Aufwand für Instandhaltungen sowie beim Zins- und Abschreibungsaufwand zu erwarten.

In der Wohnungswirtschaft wird ein leicht rückläufiges Ergebnis erwartet.

Die Umsatzerwartungen der Telekommunikationsbranche werden sich zukünftig auch weiterhin leicht positiv entwickeln. Die permanente Vermarktung der vorhandenen Glasfasernetze, der weitere Ausbau sowie die Erweiterung der Rechenzentrumsflächen im neuen DataCenter Standort in Herne werden sich für den Geschäftsverlauf positiv auswirken.

Die *ewmr* und ihre Tochterunternehmen stellen sich gemeinsam mit Kooperationspartnern mit vielseitigen strategischen Konzepten den Herausforderungen der einzelnen Märkte. In allen Unternehmensbereichen gibt es eine Vielzahl von Unwägbarkeiten sowie sich ständig weiter verändernde rechtliche und ökonomische Rahmenbedingungen. Für 2019 wird ein spürbar geringeres Ergebnis erwartet.

AKTIVA

	Anhang	31.12.2018 T€	01.01.2018 T€	31.12.2017 T€
A. Anlagevermögen	(1)			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		9.040	4.583	4.407
II. Sachanlagen		1.766.511	1.712.587	713.938
III. Finanzanlagen		723.983	747.700	782.732
		<u>2.499.534</u>	<u>2.464.870</u>	<u>1.501.077</u>
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte	(2)	65.738	56.448	32.704
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(3)	290.922	264.795	263.613
III. Sonstige Wertpapiere		4.288	5.839	5.839
IV. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		133.923	136.473	119.436
		<u>494.871</u>	<u>463.555</u>	<u>421.592</u>
C. Rechnungsabgrenzungsposten		5.787	5.424	5.169
D. Aktive latente Steuern	(4)	1.274	1.823	1.823
		<u>3.001.466</u>	<u>2.935.672</u>	<u>1.929.661</u>

PASSIVA

	Anhang	31.12.2018 T€	01.01.2018 T€	31.12.2017 T€
A. Eigenkapital	(5)			
I. Gezeichnetes Kapital		51.130	51.130	51.130
II. Kapitalrücklage		240.134	193.788	193.788
III. Gewinnrücklagen		412.782	393.274	393.274
IV. Konzernbilanzverlust		-87.206	-82.167	-82.167
V. Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter		206.884	211.877	60.400
		<u>823.724</u>	<u>767.902</u>	<u>616.425</u>
B. Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung	(6)	278.414	281.678	0
C. Ausgleichsposten eigene Anteile		25	25	25
D. Empfangene Ertragszuschüsse		6.531	7.650	7.650
E. Sonderposten für Investitionszuschüsse	(7)	44.104	43.006	43.006
F. Rückstellungen	(8)	592.612	576.389	560.558
G. Verbindlichkeiten	(9)	1.072.269	1.071.729	698.804
H. Rechnungsabgrenzungsposten		5.953	5.001	3.193
I. Passive latente Steuern	(10)	177.834	182.292	0
		<u>3.001.466</u>	<u>2.935.672</u>	<u>1.929.661</u>

	Anhang	2018 T€	2017 T€
1. Umsatzerlöse		1.342.178	1.187.010
Stromsteuer		-40.184	-35.129
Erdgassteuer		-20.039	-20.071
Umsatzerlöse ohne Stromsteuer und Erdgassteuer	(11)	1.281.955	1.131.810
2. Veränderung des Bestandes an unfertigen Leistungen		3.084	-450
3. Andere aktivierte Eigenleistungen		7.781	3.711
4. Gesamtleistung		1.292.820	1.135.071
5. Sonstige betriebliche Erträge	(12)	66.868	75.211
6. Materialaufwand	(13)	-831.801	-732.835
7. Personalaufwand	(14)	-328.969	-298.975
8. Abschreibungen	(15)	-90.265	-55.336
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(16)	-120.421	-113.769
10. Ergebnis aus Finanzanlagen	(17)	1.489	-4.312
11. Zinsergebnis	(18)	-26.666	-25.089
12. Ergebnis aus assoziierten Unternehmen		35.431	34.465
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(19)	-1.359	-3.880
14. Ergebnis nach Steuern		-2.873	10.551
15. Sonstige Steuern		-3.020	-2.656
16. Konzernjahresfehlbetrag/-überschuss		-5.893	7.895
17. Konzernfremden Gesellschaftern zustehender Gewinn		-213	-2.112
18. Entnahmen aus der Kapitalrücklage		30.701	19.770
19. Einstellungen in andere Gewinnrücklagen		-20.115	-37.142
20. Verlustvortrag aus dem Vorjahr		-91.686	-70.578
21. Konzernbilanzverlust		-87.206	-82.167

	2018 T€	2017 T€
1. Konzernjahresfehlbetrag/-überschuss	-5.894	7.895
2. + Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	96.453	68.718
3. + Zunahme der Rückstellungen	15.840	10.637
4. - Auflösung der Ertrags- und Investitionszuschüsse	-5.135	-5.460
5. - Erlös aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-11.673	-23.324
6. - Zunahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-29.447	-12.519
7. + Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	10.699	10.926
8. +/- Sonstige zahlungsunwirksame Erträge/Aufwendungen	-2.884	1.347
9. - Sonstige Beteiligungserträge	-40.573	-42.300
10. + Zinsaufwand	9.861	10.863
11. + Ertragsteueraufwendungen	1.358	3.880
12. - Ertragsteuerzahlungen	-2.568	-104
13. = Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit (Summe aus 1. bis 12.)	36.037	30.559
14. Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	1	3
15. - Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-5.082	-1.460
16. + Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	3.097	2.764
17. - Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-130.129	-82.645
18. + Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	30.849	79.791
19. - Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-7.600	-75.002
20. + Erhaltene Zinsen	801	552
21. + Erhaltene Beteiligungserträge und Zahlungen aus Ergebnisabführungsverträgen	39.862	43.495
22. = Cashflow aus der Investitionstätigkeit (Summe aus 14. bis 21.)	-68.201	-32.502
23. Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	66.216	21.283
24. + Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	78.612	57.563
25. - Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und (Finanz-)Krediten	-90.446	-59.919
26. + Einzahlungen aus Investitionszuschüssen	5.156	5.287
27. - Auszahlung an Gesellschafter aus Ergebnisabführung	-9.250	0
28. - Auszahlung an Minderheitsgesellschafter	-1.242	-405
29. - Gezahlte Zinsen	-19.432	-18.642
30. = Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (Summe aus 23. bis 28.)	29.614	5.167

	2018 T€	2017 T€
31. Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds (Summe 13.,22. und 30.)	-2.550	3.224
32. + konsolidierungskreisbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	17.037	0
33. + Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	119.436	116.212
34. = Finanzmittelfonds am Ende der Periode (Summe aus 31. bis 33.)	133.923	119.436
Zusammensetzung des Finanzmittelfonds am Ende der Periode		
Zahlungsmittel	133.923	119.436

Kapitalflussrechnung nach Deutschem Rechnungslegungs Standard 21 (DRS 21)

	Mehrheitsgesellschafter				Eigenkapital	nicht beherrschende	Konzern-	
	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Konzernbilanz- gewinn/ -verlust		Anteile		eigenkapital
						Minderheitenkapital		
	T€	T€	T€	T€	T€	T€		
Stand am 01.01.2018	51.130	193.788	393.274	-82.167	556.025	60.400	616.425	
Einstellungen in Rücklagen	0	77.047	20.115	-20.115	77.047	1.185	78.232	
Entnahmen aus Rücklagen	0	-30.701	0	30.701	0	0	0	
Ausschüttungen	0	0	0	-9.581	-9.581	-933	-10.514	
Übrige Veränderungen	0	0	-607	-151	-758	146.232	145.474	
Konzernjahresfehlbetrag	0	0	0	-5.893	-5.893	0	-5.893	
Stand am 31.12.2018	51.130	240.134	412.782	-87.206	616.840	206.884	823.724	

Allgemeine Angaben

Die Energie- und Wasserversorgung Mittleres Ruhrgebiet GmbH (*ewmr*) mit Sitz in Bochum ist beim Amtsgericht Bochum unter der Nummer HRB 6191 eingetragen.

Der Konzernabschluss ist nach den für große Kapitalgesellschaften maßgeblichen Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches und des GmbH-Gesetzes aufgestellt.

Um die Übersichtlichkeit der Darstellung zu verbessern, werden einzelne Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung gemäß § 265 Abs. 7 Nr. 2 HGB zusammengefasst. Diese Posten sind im Anhang gesondert ausgewiesen.

Für die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt.

Konsolidierungskreis und Konsolidierungsgrundsätze

In den Konzernabschluss sind neben dem Mutterunternehmen *ewmr* 29 (i. Vj. 28) Tochter- und Enkelunternehmen einbezogen, bei denen dem Mutterunternehmen unmittelbar oder mittelbar die Mehrheit der Stimmrechte zusteht.

Sieben (i. Vj. sechs) mit außenstehenden Unternehmen gemeinschaftlich geführte Unternehmen werden als assoziierte Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen. Der Wertansatz der Beteiligungen an assoziierten Unternehmen im Sinne von § 312 HGB erfolgt nach der Buchwertmethode.

Auf die Einbeziehung von drei (i. Vj. vier) verbundenen Unternehmen ist nach § 296 Abs. 2 HGB sowie unverändert sechs assoziierten Unternehmen ist nach § 311 Abs. 2 HGB verzichtet worden, da sie einzeln und gemeinsam für die Betrachtung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von untergeordneter Bedeutung sind.

Die Kapitalkonsolidierung gemäß § 301 HGB erfolgt für Erstkonsolidierungen vor erstmaliger Gültigkeit des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) nach der Buchwertmethode. Grundlage waren die Wertansätze zu Beginn des Geschäftsjahres, in dem das jeweilige Unternehmen erstmals in den Konzernabschluss einbezogen wurde; das gilt ebenso für die beiden erstellten Teilkonzernabschlüsse der Holding für Versorgung und Verkehr GmbH Bochum (HVV) und der Vermögensverwaltungsgesellschaft für Versorgung und Verkehr der Stadt Herne mbH

(VVH). Die Kapitalkonsolidierung für Erstkonsolidierungen ab dem 01.01.2010 erfolgt nach der Neubewertungsmethode. Passive Unterschiedsbeträge zwischen Beteiligungsbuchwert und anteiligem Eigenkapital werden in den Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung eingestellt.

Ein entgeltlich erworbener Geschäfts- und Firmenwert aus der Einbeziehung eines Konzernunternehmens wird unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Bestandsdauer bestehender Kundenbeziehungen und von Gegebenheiten auf den Absatz- und Beschaffungsmärkten über eine Nutzungsdauer von 15 Jahren planmäßig abgeschrieben. Aus dem Erwerb von zusätzlichen Anteilen eines anderen Konzernunternehmens wurde im Geschäftsjahr 2018 ein weiterer Geschäfts- und Firmenwert gebildet, für den gemäß § 253 Abs. 3 S. 4 i. V. m. S 3 HGB eine Nutzungsdauer von 10 Jahren zugrunde gelegt wird.

Die Vermögensgegenstände und Schulden sind nach den auf den Jahresabschluss des Mutterunternehmens anwendbaren Bewertungsmethoden im Wesentlichen einheitlich bewertet.

Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, konzerninterne Umsatzerlöse sowie andere Erträge und die entsprechenden Aufwendungen wurden konsolidiert. Zwischengewinne wurden eliminiert.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände sind mit den Anschaffungskosten bewertet und werden über die Nutzungsdauer planmäßig abgeschrieben.

Die Bilanzierung der Sachanlagen erfolgt zu Anschaffungs- und Herstellungskosten abzüglich darauf entfallender erhaltener Zuschüsse. Die Herstellungskosten der selbst erstellten Anlagen umfassen Einzelkosten sowie zurechenbare Material- und Lohngemeinkosten. Die für die Erstellung von Hausanschlüssen und Netzleitungen empfangenen Baukostenzuschüsse und Beiträge für Hausanschlusskosten, die seit dem Geschäftsjahr 2003 nicht mehr als Ertragszuschuss behandelt werden, sind als Sonderposten für Investitionszuschüsse auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen.

Die planmäßigen Abschreibungen auf das Sachanlagevermögen erfolgten für Neuzugänge ab dem Geschäftsjahr 2015 ausschließlich linear. Frühere Zugänge wurden linear oder degressiv abgeschrieben, mit späterem Übergang auf die lineare Abschreibungsmethode, sobald sich höhere Abschreibungsbeträge ergaben. Die zu Grunde gelegten Nutzungsdauern richten sich nach den amtlichen Abschreibungstabellen.

Die Beteiligungen an den sieben (i. Vj. sechs) einbezogenen assoziierten Unternehmen sind zum Erwerbszeitpunkt nach der Equity-Methode bewertet. Aus der Einbeziehung der TRIANEL GmbH, Aachen, in den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2006 ergab sich ein Unterschiedsbetrag von -3.675 T€. Eine einheitliche Bewertung wird in wesentlichen Teilen vorgenommen. Zwischenergebnisse werden, soweit sie wesentlich sind, eliminiert. Das Ergebnis aus assoziierten Unternehmen erfasst die anteiligen Eigenkapitalveränderungen.

Die Finanzanlagen werden grundsätzlich mit den Anschaffungskosten bzw. mit dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Liegt der beizulegende Wert zum Abschlussstichtag (dauerhaft) unter dem Buchwert, wird bzw. wurde dem durch außerplanmäßige Abschreibungen Rechnung getragen. Die Gründe für die außerplanmäßigen Abschreibungen bestehen weiterhin.

Die sonstigen Ausleihungen werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten angesetzt. Unverzinsliche Darlehen an Mitarbeiter werden mit ihrem Barwert bewertet. Die Abzinsung erfolgt mit einem marktüblichen Zinssatz (Durchschnittsrendite einer Bundesanleihe) entsprechend ihrer durchschnittlichen Restlaufzeit.

Die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sind zu fortgeschriebenen durchschnittlichen Anschaffungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips bewertet. Unfertige Leistungen werden entsprechend den selbst erstellten Anlagen bewertet, jedoch ohne anteilige Aufwendungen für Planung und Bauüberwachung.

Die Position fertige Erzeugnisse und Waren beinhaltet Speichergas sowie Emissionszertifikate, die zu durchschnittlichen Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips bewertet werden. Unfertige Leistungen werden entsprechend den selbst erstellten Anlagen bewertet, jedoch ohne anteilige Aufwendungen für Planung und Bauüberwachung.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden unter Berücksichtigung von Wertminderungen in begründeten Einzelfällen zu Nennwerten angesetzt. Dem allgemeinen Ausfallrisiko wird durch Bildung einer aktivisch angesetzten Wertberichtigung Rechnung getragen.

Die sonstigen Wertpapiere sind unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips zu Anschaffungskosten oder dem niedrigeren Börsenkurs angesetzt.

Empfangene Ertragszuschüsse aus Vorjahren werden weiterhin mit 5,0 % des Ursprungswertes aufgelöst.

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse wird entsprechend dem Abschreibungsverlauf der korrespondierenden Anlagegüter aufgelöst.

Die Bewertung der Pensionsverpflichtungen - einschließlich mittelbarer Pensionsverpflichtungen und Deputate - wurde nach versicherungsmathematischen Grundsätzen - unter Anwendung der Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. K. Heubeck - nach den Vorschriften des HGB durchgeführt. Die Berechnung erfolgte nach der Projected Unit Credit Method (PUC-Methode). Der Abzinsungzinssatz nach der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) beträgt zum 31.12.2018 2,32 %, 3,21 % bzw. 3,29 % (i. Vj. 3,68 % - 4,01 %). Der Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Abs. 6 HGB bei den Pensionsrückstellungen beträgt 44.244 T€. Künftige Gehalts- und Rentenanpassungen wurden mit einem Trend von unverändert 1,0 % - 2,0 % bzw. 2,5 % ermittelt, die Kostensteigerungen für Deputate wurden mit einem Trend von unverändert 2,0 % bzw. 2,5 % zugrunde gelegt. Die Bewertung der Rückstellungen für Altersteilzeit, Jubiläen und Beihilfen wurde nach den gleichen Grundsätzen durchgeführt. Bei den Rückstellungen für Altersteilzeit beträgt der Abzinsungzinssatz nach der RückAbzinsV zum 31.12.2018 0,0 % - 2,40 % (i. Vj. 0,0 % - 3,24 %). Bei den Rückstellungen für Jubiläen und Beihilfen beträgt der Abzinsungzinssatz nach der

RückAbzinsV 0,88 % - 2,40 % (i. Vj. 1,33 % - 3,24 %). Künftige Rentenanpassungen wurden weiterhin mit einem Trend von 2,0 % bzw. 2,5 % ermittelt.

Einigen Altersteilzeitverpflichtungen stehen Rückdeckungsansprüche bzw. Wertguthaben gegenüber, die dem Zugriff der übrigen Gläubiger entzogen sind. Die Aktivwerte werden gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit den zugehörigen Verpflichtungen verrechnet. Die zugehörigen Zinsaufwendungen aus der Aufzinsung von Altersteilzeitverpflichtungen werden mit den Zinserträgen aus dem Deckungsvermögen der Altersteilzeit verrechnet.

Die übrigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewisse Verbindlichkeiten. Der Ansatz erfolgt in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages. Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten und ihrer Laufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzins abgezinst.

Drohverlustrückstellungen aus zwei Speichernutzungsverträgen wurden als Barwert zukünftiger Zahlungsflüsse ermittelt. Die Nutzungsverträge haben eine Laufzeit bis zum Jahr 2028 und bis zum Jahr 2045. Wesentliche Grundlage für die Bestimmung der Zahlungsflüsse waren Prognosen über die zukünftige Preisentwicklung an den Energie- und Rohstoffmärkten. Zukünftige Preissteigerungen wurden langfristig mit einem Trend von rund 2,20 % p. a. berücksichtigt. Zur Ermittlung des Barwerts wurde ein laufzeitspezifischer Abzinsungszinssatz nach der RückAbzinsV in Höhe von 1,34 % (i. Vj. 1,87 %) für die Rückstellung aus Speichernutzungsvertrag Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG und 2,00 % (i. Vj. 2,48 %) für die Rückstellung aus Speichernutzungsvertrag Kommunale Gasspeichergesellschaft Epe mbH & Co. KG verwendet.

Die Drohverlustrückstellung aus einem Stromliefervertrag, welcher mit der Beteiligung an einem Steinkohlekraftwerk einhergeht, wurde auf Basis der aktuellen Einschätzung über die Entwicklung des Strommarktes ermittelt. Zukünftige Preissteigerungen wurden langfristig mit einem Trend von rd. 2,20 % p. a. berücksichtigt. Zur Ermittlung des Barwertes der zukünftigen Zahlungsflüsse wurde ein laufzeitspezifischer Abzinsungssatz nach der RückAbzinsV in Höhe von 1,62 % (i. Vj. 2,14 %) für den Stromliefervertrag verwendet.

Zur Wertermittlung der Deponienachsorgeverpflichtung ist im Jahre 2015 ein neues Gutachten eingeholt worden. Der Wertansatz berücksichtigt gutachterlich festgestellte Zahlungspläne. Die bis zum Bilanzstichtag entstandenen Verpflichtungen wurden unter Berücksichtigung aller erkennbaren Risiken und Entwicklungen aufgrund der langfristigen Zahlungszeiträume mit dem

Barwert angesetzt und abgezinst. Der Zinsaufwand beträgt 2.108 T€. Abweichend zum Vorjahr ist mit einer Preissteigerungsrate von 2,0 % (i. Vj. 1,8 %) gerechnet worden, was zu einer Erhöhung des Rückstellungsbetrages in Höhe von 769 T€ geführt hat.

Verbindlichkeiten sind zum Erfüllungsbetrag passiviert.

Es wird von dem Wahlrecht des § 254 HGB Gebrauch gemacht, ökonomische Sicherungsbeziehungen durch die Bildung von Bewertungseinheiten bilanziell darzustellen. Es kommt die Einfrierungsmethode zur Anwendung.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten sind zum Nominalwert angesetzt.

Erläuterungen zur Bilanz

(1) Anlagevermögen

Die Aufgliederung der in der Bilanz zusammengefassten Anlagepositionen und ihre Entwicklung im Jahre 2018 ergeben sich aus dem Anlagespiegel.

Anteilsbesitz

		Anteil am	Eigen-	Ergebnis	
		Kapital	Kapital	Jahr	T€
		in %	T€		
Verbundene Unternehmen					
Holding für Versorgung und Verkehr GmbH Bochum, Bochum	V	99,0	185.213	2018	0*
Stadtwerke Bochum Holding GmbH, Bochum	V	95,0	821.380	2018	19.224*
Stadtwerke Bochum GmbH, Bochum	V	100,0	31.433	2018	0*
Stadtwerke Bochum Netz GmbH, Bochum	V	100,0	147.319	2018	0*
USB Bochum GmbH, Bochum	V	100,0	1.005	2018	0*
USB Service GmbH, Bochum	V	100,0	13.295	2018	0*
Fernheizgesellschaft Bochum-Ehrenfeld GmbH, Bochum	V	100,0	2.077	2018	0*
evu zählwerk Abrechnungs- und Servicegesellschaft mbH, Bochum	V	100,0	1.738	2018	0*
Glasfaser Bochum GmbH & Co. KG, Bochum	V	100,0	5.111	2018	-263
mittelbar an der					
Glasfaser Bochum Verwaltungs GmbH, Bochum	N	100,0	70	2018	5
RAU-Recycling am Umweltpark GmbH, Bochum	N	100,0	708	2018	27
Stadtwerke Bochum Beteiligungsgesellschaft mbH, Bochum	V	100,0	477.489	2018	0*
WasserWelten Bochum GmbH (vormals Bochumer Bäder GmbH), Bochum	V	99,992	16.371	2018	0*
MULTIBRID WEA III Verwaltungs GmbH, Bremerhaven	N	100,0	18	2018	-1
FUW GmbH, Bochum	V	100,0	2.297	2018	0*
TMR - Telekommunikation Mittleres Ruhrgebiet GmbH, Bochum	V	73,1	7.052	2018	1.394
VBW BAUEN UND WOHNEN GmbH, Bochum	V	68,9	105.998	2018	7.216
Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahnen AG, Bochum	V	50,3	50.745	2018	0*

V: Unternehmen, das in den Konzernabschluss einbezogen ist

A: Unternehmen, das als assoziiertes Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen ist

N: Unternehmen, das aufgrund untergeordneter Bedeutung nicht in den Konzernabschluss einbezogen ist

*) Ergebnisabführungsvertrag

		Anteil am Kapital		Eigen-Kapital		Ergebnis	
		in %	T€	Jahr	T€		
Vermögensverwaltungsgesellschaft für Versorgung und Verkehr der Stadt Herne mbH (VVH), Herne	V	99,0	70.034	2018	0*		
Stadtwerke Herne AG, Herne	V	100,0	81.729	2018	0*		
Straßenbahn Herne – Castrop-Rauxel GmbH, Herne	V	100,0	4.989	2018	0*		
Herner Bädergesellschaft mbH, Herne	V	100,0	50	2018	0*		
Netzgesellschaft Herne mbH, Herne	V	100,0	17	2018	0*		
RWEB Pool II GmbH, Dortmund	V	100,0	87	2018	-7		
Wanne-Herner Eisenbahn und Hafen G.m.b.H., Herne mittelbar an der	V	94,9	6.777	2018	0*		
ETZ Betriebs GmbH, Herne	V	100,0	42	2018	0*		
Planungs- und Entwicklungsgesellschaft Güterverkehrszentrum Emscher mbH (PEG), Herne	V	100,0	2.245	2018	0*		
TIH Terminal-Infrastrukturgesellschaft Herne mbH, Herne	V	100,0	281	2018	15		
CTH Container Terminal Herne GmbH, Herne	V	100,0	70	2018	0*		
BAV Aufbereitung Herne GmbH, Herne	V	51,0	1.367	2018	47		
Stadtwerke Witten GmbH, Witten	V	99,0	29.974	2018	0*		
VGW Vermögensgesellschaft Witten mbH, Witten	V	100,0	200	2018	0*		

Assoziierte Unternehmen

WMR Wasserbeschaffung und Energieerzeugung Mittlere Ruhr GmbH, Bochum	A	50,0	5.415	2018	206		
Wasserversorgung Herne GmbH & Co. KG, Herne	A	50,0	16.536	2018	4.531		
Wasserversorgung Herne Verwaltungs-GmbH, Herne	A	50,0	41	2018	1		
Bodenmanagement Rhein-Herne GmbH, Herne	A	50,0	92	2018	-168		
Wasser und Gas Westfalen GmbH & Co. Holding KG, Bochum mittelbar an der Wasser und Gas Westfalen GmbH, Bochum	A N	50,0 100,0	787.834 781.313	2018 2018	65.631 0*		
unique Wärme GmbH & Co. KG, Bochum mittelbar an der unique Wärme Verwaltungsgesellschaft mbH, Bochum	A N	50,0 100,0	7.005 28	2018 2018	-447 1		
Trianel GmbH, Aachen	A	24,7	87.579	2018	2.137		
Wasser und Gas Westfalen Beteiligungsgesellschaft mbH, Bochum	N	50,0	33	2018	1		
VWW Verbund-Wasserwerk Witten Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Witten	N	50,0	4.403	2018	178		
Bochum-Gelsenkirchener Bahngesellschaft mbH, Bochum mittelbar an der BOGESTRA, Bochum	N	50,0 44,9	0 50.745	2017 2018	-16 0*		
Otto Lingner Verkehrs-GmbH, Bochum	N	50,0	527	2017	136		

V: Unternehmen, das in den Konzernabschluss einbezogen ist

A: Unternehmen, das als assoziiertes Unternehmen in den Konzernabschluss einbezogen ist

N: Unternehmen, das aufgrund untergeordneter Bedeutung nicht in den Konzernabschluss einbezogen ist

*) Ergebnisabführungsvertrag

	Anteil am Kapital	Eigen-Kapital	Ergebnis	
	in %	T€	Jahr	T€
Beteiligungsunternehmen				
rku.it GmbH, Herne	43,0	5.518	2018	62
Biogas Pool 1 für Stadtwerke GmbH & Co. KG, Unna	42,8	2.071	2017	222
O-TON Call Center Services GmbH, Dortmund mittelbar an der Tekomedia Telekommunikations- und Multiservices, Bochum	40,0	0	2017	-44
Verkehrsgesellschaft Stadt Gelsenkirchen mbH, Gelsenkirchen	100,0	41	2017	19
Verkehrsgesellschaft Stadt Gelsenkirchen mbH, Gelsenkirchen	38,0	663	2017	28
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Bochum mbH, Bochum	25,0	44	2017	1
Betriebsverwaltungsgesellschaft Radio Herne mbH, Herne	25,0	48	2017	2
Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG, Aachen	23,7	25.399	2018	3.691
Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG, Aachen	20,9	289.957	2018	9.993
Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG, Aachen	18,4	0	2018	-307
KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG, Essen	18,0	299.299	2018	-110.341
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH, Essen	18,0	136	2018	5
Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG, Lünen	15,8	0	2018	-46.243
SGW Siedlungsgesellschaft Witten mbH, Witten	15,0	10.883	2017	365
KGE - Kommunale Gasspeichergesellschaft Epe mbH & Co. KG, Gronau	12,5	33.500	2018	2.427
KGBE - Kommunale Gasspeicher Beteiligungsgesellschaft Epe mbH, Gronau	12,5	37	2018	1
Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, Aachen mittelbar an der Trianel Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH, Aachen	12,2	80.867	2018	1.576
Hemer Gesellschaft für Wohnungsbau mbH, Herne	100,0	107	2018	36
Hemer Gesellschaft für Wohnungsbau mbH, Herne	10,9	20.249	2017	1.035
Trianel Windkraftwerk Borkum II GmbH & Co. KG, Aachen	10,0	74.297	2018	-10.438
WABE Wittener Gesellschaft für Arbeit und Beschäftigungs- förderung mbH, Witten	10,0	1.087	2017	50
Betriebsgesellschaft Radio Bochum mbH & Co. KG, Bochum	7,0	37	2017	195
Betriebsgesellschaft Radio Herne mbH & Co. KG, Herne	6,7	-1.396	2017	13
VfL Bochum-Stadioncenter GmbH, Bochum	5,0	818	2018	51
Stadtmarketing Witten GmbH, Witten	5,0	125	2017	1
Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen (beka), Köln	4,6	1.137	2017	31
Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main	4,6	104.697	2017	-27.712

N: Unternehmen, das aufgrund untergeordneter Bedeutung nicht in den Konzernabschluss einbezogen ist

*) Ergebnisabführungsvertrag

(2) Vorräte

	31.12.2018 T€	31.12.2017 T€
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	12.293	11.488
unfertige Leistungen	30.330	6.665
fertige Erzeugnisse und Waren	22.813	14.198
geleistete Anzahlungen	302	353
Gesamt	65.738	32.704

Die fertigen Erzeugnisse und Waren beinhalten im Wesentlichen mit 13.098 T€ Speichergas bei Beteiligungsgesellschaften, mit 7.633 T€ Emissionszertifikate sowie mit 237 T€ Biogas Unterzertifikate.

(3) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2018 T€	31.12.2017 T€
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	115.725	102.645
<i>davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr</i>	<i>(89)</i>	<i>(104)</i>
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.007	931
<i>davon Forderungen aus Lieferungen und Leistungen</i>	<i>(0)</i>	<i>(765)</i>
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	99.809	90.433
<i>davon Forderungen aus Lieferungen und Leistungen</i>	<i>(22.928)</i>	<i>(14.024)</i>
<i>davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr</i>	<i>(29.993)</i>	<i>(19.608)</i>
Forderungen gegen Gesellschafter	7.296	6.357
<i>davon Forderungen aus Lieferungen und Leistungen</i>	<i>(6.711)</i>	<i>(1.762)</i>
sonstige Vermögensgegenstände	67.085	63.247
<i>davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr</i>	<i>(459)</i>	<i>(913)</i>
Gesamt	290.922	263.613

(4) Aktive latente Steuern

Auf Ebene des Konzernabschlusses ergeben sich aktive latente Steuern aus den in der Steuerbilanz eines vollkonsolidierten Unternehmens angesetzten Geschäfts- oder Firmenwerten, die aus konzerninternen Transaktionen resultieren und die im Konzernabschluss konsolidiert worden sind sowie aus der unterschiedlichen Bewertung von gehaltenen Aktien. Zum 31.12.2018 werden aktive latente Steuern in Höhe von 1.274 T€ (i. Vj. 1.823 T€) angesetzt. Diese wurden auf Basis eines kombinierten Unternehmenssteuersatzes von 33 % (bei Personengesellschaften 16 %) ermittelt.

(5) Eigenkapital

Die Aufgliederung des Eigenkapitals und seine Entwicklung im Jahre 2018 ergeben sich aus dem Konzerneigenkapitalsspiegel.

Das **gezeichnete Kapital** von unverändert 51.130 T€ ist voll eingezahlt.

Der **Ausgleichsposten** für Anteile anderer Gesellschafter betrifft die Beteiligung der Städte an der HVV, VVH und der Stadtwerke Witten GmbH, die Beteiligung einer außenstehenden Aktionärin an der BOGESTRA, die Beteiligung der Stadt Bochum an der Stadtwerke Bochum Holding GmbH, sowie die Beteiligung außenstehender Gesellschafter an der VBW Bauen und Wohnen GmbH, an der TMR und der Wanne-Herner Eisenbahn und Hafen G.m.b.H.

(6) Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung

Aus der im Rahmen der Erstkonsolidierung der VBW Bauen und Wohnen GmbH zum 01.01.2018 aufgedeckten stillen Reserven entstand ein Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung mit Eigenkapitalcharakter. Er wird planmäßig über die durchschnittliche Restnutzungsdauer der erworbenen Vermögensgegenstände aufgelöst.

(7) Sonderposten für Investitionszuschüsse

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse wurde für die von den Kunden vereinnahmten Hausanschlusskostenbeiträge und Baukostenzuschüsse gebildet. Der Posten wird entsprechend der Nutzungsdauern der korrespondierenden Anlagegüter aufgelöst.

(8) Rückstellungen

	31.12.2018 T€	31.12.2017 T€
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	239.653	204.872
Steuerrückstellungen	4.765	4.305
sonstige Rückstellungen	348.194	351.381
Gesamt	592.612	560.558

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen enthalten Versorgungs- und Sachleistungsverpflichtungen.

Einige Gesellschaften des Konzerns sind Mitglied der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) und haben ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entsprechend der Satzung versichert. Seit dem Jahr 2002 erfolgt die Umstellung vom Gesamtversorgungssystem mit Umlagefinanzierung zu einer deckungskapitalorientierten Finanzierung. Seitdem teilt sich der Gesamt-Umlagesatz in einen Beitrag zur Kapitaldeckung und einen Sanierungsbeitrag des Arbeitgebers zur Deckung der Altlasten auf. Da es sich bei diesen Verpflichtungen um mittelbare Pensionsverpflichtungen gem. Art. 28 EGHGB handelt, erfolgt der Ausweis bei den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen.

Die sonstigen Rückstellungen betreffen im Wesentlichen Drohverluste, Verpflichtungen aus dem Personalbereich, Maßnahmen für Sanierung, Generalüberholung und unterlassene Instandhaltung, zurückgestellte Beiträge für Deponienachsorge sowie regulatorische Risiken aus dem energiewirtschaftlichen Umfeld.

Daneben bestehen in der Bilanz nicht ausgewiesene mittelbare Pensionsverpflichtungen gemäß Art. 28 EGHGB gegenüber der Ausgleichskasse der Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahnen e.V. von 98.056 T€ bei einem Zinssatz von 3,21 % (i. Vj. 81.745 T€; 3,68 %).

(9) Verbindlichkeiten

	31.12.2018 insgesamt T€	davon mit einer Restlaufzeit			31.12.2017 insgesamt T€
		< 1 Jahr T€	1 bis 5 Jahren T€	> 5 Jahren T€	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	872.308	47.267	204.389	620.652	541.785
<i>davon grundpfandrechtlich gesichert</i>	<i>(474.725)</i>	<i>(18.594)</i>	<i>(86.253)</i>	<i>(369.878)</i>	<i>(158.991)</i>
<i>davon durch Verpfändung von Wertpapieren gesichert</i>	<i>(1.250)</i>	<i>(250)</i>	<i>(0)</i>	<i>(1.000)</i>	<i>(27.750)</i>
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	24.818	24.818	0	0	3.527
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	54.520	53.960	550	10	66.921
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	181	181	0	0	48
<i>davon aus Lieferungen und Leistungen</i>	<i>(181)</i>	<i>(181)</i>	<i>(0)</i>	<i>(0)</i>	<i>(48)</i>
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	50.050	50.050	0	0	29.552
<i>davon aus Lieferungen und Leistungen</i>	<i>(42.539)</i>	<i>(42.539)</i>	<i>(0)</i>	<i>(0)</i>	<i>(29.552)</i>
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	4.925	4.925	0	0	4.692
Sonstige Verbindlichkeiten	65.467	47.612	13.988	3.867	52.279
<i>davon aus Steuern</i>	<i>(21.793)</i>	<i>(21.793)</i>	<i>(0)</i>	<i>(0)</i>	<i>(14.184)</i>
<i>davon im Rahmen der sozialen Sicherheit</i>	<i>(226)</i>	<i>(226)</i>	<i>(0)</i>	<i>(0)</i>	<i>(291)</i>
Gesamt	1.072.269	228.813	218.927	624.529	698.804

Die sonstigen Verbindlichkeiten beinhalten Inhaberschuldverschreibungen von 3.953 T€ (i. Vj. 3.965 T€) mit einer Laufzeit bis zum 31.12.2020 sowie von 9.354 T€ (i. Vj. 9.468 T€) bis zum 31.12.2023.

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Wie bereits im Vorjahr waren zum Bilanzstichtag Bürgschaften von 34.500 T€ sowie Patronats-erklärungen von 5.700 T€ gestellt. Es liegen aktuell keine Erkenntnisse vor, die zu einer Inanspruchnahme von bestehenden Haftungsverhältnissen führen könnten.

Die BAV Aufbereitung Herne GmbH haftet für die Entsorgung der auf dem Betriebsgelände der BAV lagernden Abfälle, wenn der Eigentümer des Abfalls seinen Verpflichtungen nicht

nachkommen kann. Risiken im Zusammenhang mit der Entsorgung hat die BAV durch den Erhalt einer Sicherheitsleistung i. H. v. 400 T€ begrenzt. Zum 31.12.2018 bestand aufgrund der Fremdbestände von Abfällen ein Risiko von 300 T€ (i. Vj. 390 T€). Das Risiko einer über die erhaltene Sicherheitsleistung hinausgehende Inanspruchnahme wird derzeit nicht gesehen. Zusätzlich übernimmt die BAV im Rahmen einer Cash-Pooling-Vereinbarung mit der RAG AG die gesamtschuldnerische Haftung für einen eventuellen Sollsaldo, der sich infolge der unmittelbaren oder mittelbaren Übertragung von Umsätzen auf dem Konto der RAG AG ergibt. Das Risiko einer Inanspruchnahme wird als gering eingeschätzt.

Die von einem Teilkonzern vereinnahmten Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen des Anlagevermögens sind entsprechend der Förderrichtlinien an eine Betriebspflicht der geförderten Anlagen von 20 Jahren gebunden. Ein Verstoß gegen diese Vorhalteplichten kann zu (partiellen) Rückzahlungen der Investitionszuschüsse führen. Hierfür liegen keine Anhaltspunkte vor. Der Betrag, der noch der zeitlich vorgegebenen Zweckbindungsdauer unterliegt, beläuft sich auf 2.019 T€.

Es bestehen finanzielle Verpflichtungen aus Finanzierungszusagen gegenüber Beteiligungsunternehmen in Höhe von insgesamt 19.868 T€. Zusätzlich bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Bestellungen (64.208 T€), aus jährlichen Miet- und Pachtverträgen (7.560 T€), aus Leasingverträgen (5.636 T€) sowie für Nutzungsentgelte für Software (3.444 T€) und digitale Kabelanschlüsse (247 T€).

(10) Passive latente Steuern

Auf Ebene des Konzernabschlusses ergeben sich passive latente Steuern aus der Aufdeckung von stillen Reserven aufgrund der Neubewertung des Sachanlagevermögens eines erstmalig in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmens. Zum 31.12.2018 werden passive latente Steuern i. H. v. 177.834 T€ angesetzt. Diese wurden auf Basis eines kombinierten Unternehmenssteuersatzes von 33 % ermittelt.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(11) Umsatzerlöse

	2018 T€	2017 T€
Stromversorgung ohne Stromsteuer	571.534	535.425
Gasversorgung ohne Erdgassteuer	216.111	206.400
Wasserversorgung	58.282	59.099
Wärmeversorgung	42.897	42.228
Abfallwirtschaft und Stadtreinigung	77.455	73.976
Personenverkehr	149.051	144.817
Wohnungswirtschaft	82.802	0
Bäder	3.516	1.748
Telekommunikation	9.360	8.555
andere Leistungen	70.947	59.562
Gesamt	1.281.955	1.131.810

In den Umsatzerlösen der einzelnen Sparten sind auch Erlöse aus Nebengeschäften enthalten. Zusätzlich beinhalten sie periodenfremde Erträge i. H. v. 5.488 T€ und periodenfremde Erlösminderungen i. H. v. 813 T€.

(12) Sonstige betriebliche Erträge

Der Posten enthält u. a. Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen von 14.254 T€ (i. Vj. 19.709 T€), die erstmalige planmäßige Auflösung des Unterschiedsbetrages aus der Kapitalkonsolidierung der VBW Bauen und Wohnen GmbH i. H. v. 6.979 T€ sowie 3.537 T€ (i. Vj. 3.546 T€) aus der Auflösung der Sonderposten für Investitionszuschüsse. Auch sind mit 858 T€ (i. Vj. 856 T€) vom Land NRW gem. § 11 ÖPNVG gewährte Mittel für Vorhaltekosten enthalten. Insgesamt beinhaltet diese Position 8.874 T€ periodenfremde Erträge.

(13) Materialaufwand

	2018 T€	2017 T€
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-731.706	-647.128
Aufwendungen für bezogene Leistungen	-100.095	-85.707
Gesamt	-831.801	-732.835

Diese Position beinhaltet 966 T€ periodenfremde Aufwendungen sowie 2.498 T€ periodenfremde Aufwandsminderungen.

(14) Personalaufwand

	2018 T€	2017 T€
Löhne und Gehälter	-248.021	-228.213
Soziale Abgaben und Unterstützung	-50.860	-46.014
Aufwendungen für Altersversorgung	-30.088	-24.748
Gesamt	-328.969	-298.975

Im Geschäftsjahr 2018 wurden durchschnittlich 5.099 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (2017: 4.707) beschäftigt.

(15) Abschreibungen

Im Geschäftsjahr 2018 fielen planmäßige Abschreibungen in Höhe von 90.265 T€ (i. Vj. 55.336 T€) an. Außerplanmäßige Abschreibungen auf Sachanlagen in Höhe von 54 T€ (i. Vj. 0 T€) betreffen die vollständige Abschreibung einer im Jahr 2017 erworbenen Dampf-Erzeugungsanlage, die im Rahmen eines Sale-and-Lease-Back Vertrages an einen Kunden vermietet war. Durch Insolvenz des Kunden im Jahr 2018 ist die Anlage nicht weiter nutzbar.

Außerdem sind nicht übliche Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens enthalten. Sie betreffen mit 1.138 T€ die Abwertung des Vorratsvermögens durch die verlustfreie Bewertung des Klimaviertels Bruno-Danek-Weg in Herne Sodingen sowie mit 350 T€ die Abschreibung der Biogas-Zertifikate innerhalb der sonstigen Vermögensgegenstände.

(16) Sonstige betriebliche Aufwendungen

	2018 T€	2017 T€
Konzessionsabgabe	-33.049	-33.303
Sonstige	-87.372	-80.466
Gesamt	-120.421	-113.769

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten 399 T€ periodenfremde Aufwendungen.

(17) Ergebnis aus Finanzanlagen

	2018 T€	2017 T€
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	6.773	1.145
Beteiligungsergebnis	2.464	7.835
Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens	-7.748	-13.292
Gesamt	1.489	-4.312

Die Abschreibungen auf Finanzanlagen betreffen im Wesentlichen mit 5.000 T€ die außerplanmäßige Abschreibung auf die Beteiligung an der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG und mit 2.643 T€ die außerplanmäßige Abschreibung auf die Beteiligung an der Gas-Union GmbH. Im Vorjahr beinhaltete diese Position mit 8.002 T€ die außerplanmäßige Abschreibung auf die Beteiligung an der Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG und mit 5.000 T€ die außerplanmäßige Abschreibung auf die Beteiligung an der KSBG Kommunale Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG.

(18) Zinsergebnis

	2018 T€	2017 T€
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	9.105	8.121
<i>davon Erträge aus Abzinsung</i>	<i>(14)</i>	<i>(17)</i>
<i>davon aus verbundenen Unternehmen</i>	<i>(0)</i>	<i>(3)</i>
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-35.771	-33.210
<i>davon Aufwendungen aus Aufzinsung</i>	<i>(-16.878)</i>	<i>(-14.143)</i>
<i>davon aus verbundenen Unternehmen</i>	<i>(0)</i>	<i>(-25)</i>
Gesamt	-26.666	-25.089

(19) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

In dieser Position sind Steueraufwendungen von 5.630 T€ (i. Vj. 4.597 T€) mit Steuererstattungen für Vorjahre für Gewerbesteuer von 141 T€ (i. Vj. 195 T€) sowie für Körperschaftsteuer 221 T€ (i. Vj. 203 T€) sowie mit Erträgen aus der Veränderung bilanzierter latenter Steuern in Höhe von 3.909 T€ (i. Vj. 319 T€) verrechnet.

Sonstige Angaben

Geschäftsführung

Dietmar Spohn, Sprecher

Ulrich Koch

Andreas Schumski

Frank Thiel

Aufsichtsrat

Sonja Leidemann, Vorsitzende seit 23.03.2019

Nicole Misterek, stellv. Vorsitzende

Norbert Arndt

Wolfgang Cordes

Dr. Frank Dudda, Vorsitzender bis 22.03.2019

Thomas Eiskirch

Michael Faust

Bettina Gantenberg

Volker Hohmeier

Udo Lochmann

Gudrun Müller

Dr. Uwe Rath (seit 15.03.2018)

Markus Schlüter

Dirk Schröder

Gabriele Schuh

Dieter Schumann

Udo Sobieski

Erika Stahl

Ernst Steinbach

Dr. Benjamin Zemlin

Thomas Stotko (bis 05.02.2018)

Bürgermeisterin Witten

Personalleiterin

Gewerkschaftssekretär (ver.di)

Rentner

Oberbürgermeister Herne

Oberbürgermeister Bochum

Technischer Angestellter

Gewerkschaftssekretärin (ver.di)

stellv. Konzernbetriebsrats-
vorsitzender/Betriebsratsvorsitzender

Busfahrer / Teamleiter

Bezirksgeschäftsführerin (ver.di)

Diplom-Geograph

Beigeordneter Wirtschaftsführung,
Geschäftsführer

Konzernbetriebsratsvorsitzender,
Betriebsratsvorsitzender

Medizinische Fachangestellte

Betriebsratsvorsitzender

Angestellter

Pensionärin

Geschäftsführer

Leitender Angestellter

Volljurist

Bezüge der Organe

Die Bezüge der Geschäftsführer der ewmr in den in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen betragen im Jahr 2018:

	festе Bezüge T€	variable Bezüge T€	Sach- bezüge T€	insgesamt T€
Dietmar Spohn	347	117	15	479
Ulrich Koch	208	45	9	262
Andreas Schumski	178	0	17	195
Frank Thiel	327	74	13	414
Gesamt	1.060	236	54	1.350

Für Dietmar Spohn bestehen Pensionszusagen. Hierfür sind nach Verrechnung mit einer Rückdeckungsversicherung mit einem Zeitwert von 1.453 T€ (i. Vj. 1.243 T€) am 31.12.2018 1.221 T€ (i. Vj. 1.063 T€) zurückgestellt. Im Rahmen der Verrechnung der Pensionsverpflichtungen mit dem Aktivwert der Rückdeckungsversicherung sind zugehörige Aufwendungen und Erträge in Höhe von 139 T€ verrechnet worden. Für Pensionszusagen an Herrn Ulrich Koch waren zum Bilanzstichtag 1.591 T€ zurückgestellt.

Nach Verrechnung mit entsprechendem Deckungsvermögen von unverändert 3.046 T€ sind für die Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Geschäftsführern von Konzernunternehmen 15.346 T€ (i. Vj. 11.726 T€) zurückgestellt; die Pensionszahlungen betragen im Geschäftsjahr 1.559 T€ (i. Vj. 1.312 T€).

Mitglieder des Aufsichtsrates der Stadtwerke Bochum Holding GmbH erhalten für ihre Tätigkeiten eine jährliche Aufwandsentschädigung von 2.000,00 €. Vorsitzende erhalten das Doppelte, Stellvertreter jeweils das Eineinhalbfache. Neben dieser Aufwandsentschädigung wird ein Sitzungsgeld von 200,00 € pro Aufsichtsrats- oder Präsidiumssitzung gezahlt. Für den Aufsichtsrat der Holding für Versorgung und Verkehr GmbH Bochum wird keine gesonderte Vergütung entrichtet. Die Sitzungsgelder für deren Aufsichtsratsmitglieder werden ausschließlich von der Stadtwerke Bochum Holding GmbH geleistet. Finden an einem Tag mehrere Sitzungen der o. g. Gremien statt, so wird nur einmal Sitzungsgeld gezahlt.

Mitglieder des Aufsichtsrates der Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahnen AG (BOGESTRA) erhalten eine Grundvergütung von 130,00 € pro Monat sowie ein Sitzungsgeld von 200,00 € pro

Aufsichtsrats- oder Ausschusssitzung. Vorsitzende erhalten ebenfalls das Doppelte sowie deren Stellvertreter das Eineinhalbfache der Grundvergütung.

Mitglieder des Aufsichtsrates der Stadtwerke Witten GmbH erhalten eine pauschale Vergütung von 2.040,00 € pro Jahr. Vorsitzende erhalten ebenfalls das Doppelte sowie deren Stellvertreter das Eineinhalbfache der Grundvergütung.

Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten für Ihre Tätigkeiten in den Aufsichtsräten der Vermögensverwaltungsgesellschaft für Versorgung und Verkehr der Stadt Herne mbH (VVH), der Stadtwerke Herne AG und der Straßenbahn Herne - Castrop-Rauxel GmbH (HCR) eine pauschale Vergütung von 750,00 € pro Gesellschaft. Zusätzlich erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrates der Stadtwerke Herne AG einen Sachbezug von 27 € pro Jahr.

Mitglieder des Aufsichtsrates der ewmr erhalten für ihre Tätigkeit eine jährliche Aufwandsentschädigung von 600,00 €. Vorsitzende erhalten das Doppelte, Stellvertreter jeweils das Eineinhalbfache. Neben dieser Aufwandsentschädigung wird ein Sitzungsgeld von 100,00 € pro Aufsichtsratssitzung gezahlt. Vorsitzende erhalten das Doppelte, Stellvertreter jeweils das Eineinhalbfache.

Der Aufsichtsrat der evu Zählwerk GmbH wurde durch den Beschluss der Gesellschafterversammlung mit Wirkung zum 02.05.2018 abgeschafft.

Im Einzelnen haben die Aufsichtsratsmitglieder der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2018 für ihre Tätigkeit in Aufsichtsgremien von in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen folgende Vergütungen erhalten:

		Aufwands- entschädigung bzw. Grund- vergütung €	Sitzungs- geld €	Sach- bezug €	insgesamt €
Sonja Leidemann	<i>Vorsitzende seit 23.03.2019</i>	2.640,00	200,00	0,00	2.840,00
Nicole Misterek	<i>stellvertretende Vorsitzende</i>	3.900,00	900,00	0,00	4.800,00
Norbert Arndt		600,00	100,00	0,00	700,00
Wolfgang Cordes		2.600,00	1.200,00	0,00	3.800,00
Dr. Frank Dudda	<i>Vorsitzender bis 22.03.2019</i>	3.450,00	400,00	27,00	3.877,00
Thomas Eiskirch		7.200,00	3.200,00	0,00	10.400,00
Michael Faust		600,00	200,00	0,00	800,00
Bettina Gantenberg		600,00	200,00	0,00	800,00
Volker Hohmeier		3.660,00	200,00	0,00	3.860,00
Udo Lochmann		600,00	200,00	0,00	800,00
Gudrun Müller		600,00	200,00	0,00	800,00
Dr. Uwe Rath	<i>seit 15.03.2018</i>	500,00	100,00	0,00	600,00
Markus Schlüter		600,00	200,00	0,00	800,00
Dirk Schröder		2.600,00	1.200,00	0,00	3.800,00
Gabriele Schuh		600,00	200,00	0,00	800,00
Dieter Schumann		600,00	100,00	0,00	700,00
Udo Sobieski		600,00	100,00	0,00	700,00
Erika Stahl		600,00	200,00	0,00	800,00
Ernst Steinbach		2.600,00	800,00	0,00	3.400,00
Dr. Benjamin Zemlin		600,00	200,00	0,00	800,00
Gesamt		35.750,00	10.100,00	27,00	45.877,00

An die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat waren am Bilanzstichtag Darlehen bzw. Vorschüsse von insgesamt 67 T€ ausgereicht. Die Tilgung 2018 beträgt 15 T€.

Künftige Investitionen

Die genehmigten ausgabewirksamen Investitionen des Folgejahres belaufen sich auf 127.080 T€.

Honorare der Abschlussprüfer

Der Konzernabschlussprüfer erhält für das Jahr 2018 Honorare (netto) für Abschlussprüfungsleistungen von 311 T€, 105 T€ für andere Bestätigungsleistungen, 30 T€ für Steuerberatungsleistungen sowie 128 T€ für sonstige Leistungen. Andere Abschlussprüfer im Konzern erhalten für Abschlussprüfungsleistungen Honorare von 319 T€, 58 T€ für andere Bestätigungsleistungen, 71 T€ für Steuerberatungsleistungen sowie 66 T€ für sonstige Leistungen.

Angaben zu Bewertungseinheiten

Die ewmr sichert ihr Erzeugungsportfolio Strom für das Trianel Kohlekraftwerk Lünen gegen ein Wertänderungsrisiko ab. Dieses Risiko beinhaltet die Gefahr der nachteiligen Änderung des Marktwertes durch Veränderungen des API2-Preises. Die Bewertungseinheit besteht aus einem Strombezugsvertrag mit dem Kraftwerk (Grundgeschäft) und den dagegenstehenden Sicherungsgeschäften in Form von Payer-Swaps. Die Art der Bewertungseinheit ist ein Portfolio-Hedge. Das Grundgeschäft, ebenso wie die Sicherungsgeschäfte unterliegen demselben Preisrisiko. Zum Stichtag 31.12.2018 sind für den Zeitraum 2019 bis einschließlich 2021 finanzielle Volumen in Höhe von 51.033 T€ für TKL als schwebende Geschäfte vorhanden. Die Sicherungsgeschäfte belaufen sich zum Stichtag 31.12.2018 auf einen Marktwert (MtM) in Höhe von 1.158 T€.

Die beschafften CO₂-Zertifikate für TKL für 2019 haben zum Stichtag 31.12.2018 einen Marktwert (MtM) in Höhe von 5.100 T€, für 2020 einen Marktwert (MtM) in Höhe von 4.346 T€ und für 2021 einen Marktwert (MtM) in Höhe von 111 T€.

Für einen Teil eines unbesichert zur Verfügung gestellten Darlehens ist über einen SWAP ein synthetischer Festkredit abgeschlossen worden. Der zum Bilanzstichtag ermittelte negative Marktwert beträgt -232 T€.

Bei allen Bewertungseinheiten ist eine hohe Wirksamkeit dieser Sicherungsbeziehungen gegeben, da sich die gegenläufigen Wertänderungen des Grund- und der Absicherungsgeschäfte in der Zukunft mit hoher Wahrscheinlichkeit in vollem Umfang ausgleichen werden.

Erklärung zur Unternehmensführung und zum Corporate Governance Kodex

Der Vorstand und der Aufsichtsrat des in den Teilkonzernabschluss einbezogenen Unternehmens BOGESTRA haben für das Jahr 2018 eine Erklärung zur Unternehmensführung und zum Corporate Governance Kodex abgegeben. Sie ist unter www.bogestra.de im Abschnitt Investor Relations einsehbar.

Vorschlag zur Ergebnisverwendung des Mutterunternehmens

Die Geschäftsführung empfiehlt, aus dem Bilanzgewinn einen Betrag von 9.100 T€ an die Gesellschafterin Stadt Herne auszuschütten und den verbleibenden Betrag auf neue Rechnung vorzutragen.

Bochum, 19. Juni 2019

Energie- und Wasserversorgung Mittleres Ruhrgebiet GmbH

Spohn

Thiel

Koch

Schumski

Entwicklung des Konzernanlagevermögens

	Anschaffungs- und Herstellungskosten							Abschreibungen						Buchrestwerte		
	Stand 01.01.2018	Zugänge Erstkonsoli- dierung VBW zum 01.01.2018	Ausgliederung Bochumer Bäder	Zugänge) Anteilige Eigenkapital- Mehring	Abgänge) Anteilige Eigenkapital- Minderung	Umbuchungen	Stand 31.12.2018	Stand 01.01.2018	Zugänge Erstkonsoli- dierung VBW zum 01.01.2018	Ausgliederung Bochumer Bäder	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Stand 31.12.2018	Stand 31.12.2018	Stand 31.12.2017
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände																
1. Gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	36.031	1.643	4	1.899	1.626	99	38.050	31.672	1.467	3	1.627	1.622	0	33.147	4.903	4.359
2. Geschäfts- und Firmenwert	9.022	0	0	1.040	0	0	10.062	9.013	0	0	105	0	0	9.118	944	9
3. Geleistete Anzahlungen	39	0	0	3.184	0	-30	3.193	0	0	0	0	0	0	3.193	3.193	39
	45.092	1.643	4	6.123	1.626	69	51.305	40.685	1.467	3	1.732	1.622	0	42.265	9.040	4.407
II. Sachanlagen																
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	349.934	991.527	18.421	33.022	2.550	4.179	1.394.533	217.834	0	7.208	37.235	2.558	0	259.719	1.134.814	132.100
2. Technische Anlagen und Maschinen	1.472.163	2.243	418	22.786	26.845	8.851	1.479.616	1.182.162	629	377	25.677	26.645	517	1.182.717	296.899	290.001
3. Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherungsanlagen	83.614	0	0	1.238	221	4.783	89.414	44.876	0	0	3.277	199	0	47.954	41.460	38.738
4. Fahrzeuge für den Personenverkehr	308.283	0	0	21.653	21.826	11.816	319.926	165.358	0	0	11.882	21.826	0	155.414	164.512	142.925
5. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	158.651	1.713	381	6.782	4.011	2.732	166.248	129.814	878	277	8.975	3.901	0	136.043	30.205	28.837
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen in Bau	82.411	4.674	7	44.605	89	-32.430	99.178	1.074	0	0	0	0	-517	557	98.621	81.337
	2.455.056	1.000.157	19.227	130.086	55.542	-69	3.548.915	1.741.118	1.507	7.862	87.046	55.129	0	1.782.404	1.766.511	713.938
III. Finanzanlagen																
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	2.073	-38.736	0	9	1.202	38.736	880	141	0	0	9	0	0	150	730	1.932
				*) 33.471	*) 33.065											
2. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	424.299	0	0	2.131	84	0	426.752	0	0	0	0	0	0	0	426.752	424.299
3. Beteiligungen	271.975	2.861	0	2.399	457	-38.736	238.042	54.247	0	0	7.661	0	0	61.908	176.134	217.728
4. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	510	0	0	0	170	0	340	0	0	0	0	0	0	0	340	510
5. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	74.047	716	0	500	4.523	0	70.740	399	0	0	0	0	0	399	70.341	73.648
6. Ausleihungen an Gesellschafter	495	0	0	0	114	0	381	0	0	0	0	0	0	0	381	495
7. Wertpapiere des Anlagevermögens	71.539	0	0	0	12.941	0	58.598	12.770	0	0	0	207	0	12.563	46.035	58.769
8. Geliehene Wertpapiere	0 ¹	0	0	0	0	0	0 ¹	0	0	0	0	0	0	0	0 ¹	0 ¹
9. Sonstige Ausleihungen	5.552	125	0	1.557	3.842	0	3.392	198	0	0	5	80	0	123	3.269	5.354
10. Anzahlungen aus Finanzanlagen	0	0	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0
	850.490	-35.034	0	40.068	56.398	0	799.126	67.755	0	0	7.675	287	0	75.143	723.983	782.735
	3.350.638	966.766	19.231	176.277	113.566	0	4.399.346	1.849.558	2.974	7.865	96.453	57.038	0	1.899.812	2.499.534	1.501.080

¹ Die im Geschäftsjahr 2001 im Rahmen einer Wertpapierleihe zugegangenen Wertpapiere sind mit 0,51 € bewertet.

„An die Energie- und Wasserversorgung Mittleres Ruhrgebiet GmbH

Prüfungsurteile

Wir haben den Konzernabschluss der Energie- und Wasserversorgung Mittleres Ruhrgebiet GmbH und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) - bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2018, der Konzern-Gewinn und Verlustrechnung, dem Konzerneigenkapital-spiegel und der Konzernkapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Konzernanhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft. Darüber hinaus haben wir den Konzernlagebericht der Energie- und Wasserversorgung Mittleres Ruhrgebiet GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2018 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Konzernlagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns zur Aufstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist, und ob der Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses und Konzernlageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Konzernabschluss und Konzernlagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Konzernlageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Konzern seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrundeliegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der

Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt.

- holen wir ausreichende geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns ein, um Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile.
- beurteilen wir den Einklang des Konzernlageberichts mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Konzerns.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Konzernlagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrundeliegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.“

Duisburg, den 14. Juni 2019

PKF Fasselt Schlage
Partnerschaft mbB
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft
Rechtsanwälte

Hünger
Wirtschaftsprüfer

Franke
Wirtschaftsprüfer